

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 11. Juni 1932

36. Jahrgang

Nummer 24

Das Recht zum Leben

Wozu leben wir eigentlich, wenn wir hungern und darben müssen? So hört man es täglich auf den Stempelstellen, auf der Wohlfahrt und auf der Straße, und überall dort, wo Menschen sich zusammenfinden, denen ein unerträgliches Geschick die Existenz vernichtet hat. Keine Arbeit, keinen Verdienst und auch keine Freude, sondern immer nur Sorgen um das nackte Leben, um das tägliche Essen und daß man ein Dach über dem Kopfe hat. Was bringt uns unter diesen Umständen das Leben? Verzweiflung, verzweifelter Grimm, Jorn und Mut über die Zustände packen den zermürbten Arbeitslosen, und nicht nur diesen, sondern auch den Kollegen in den Betrieben, die dauernd das Geipen der Arbeitslosigkeit hinter sich sehen. Der Verdienst ist gering, der Lebensunterhalt kann kaum noch bestritten werden. Und jeder fragt sich: Haben wir denn nicht auch ein Recht zum Leben? Daß wir Proletarier sind, wissen wir, aber sind denn die Güter und Früchte der Erde nicht auch für uns da? Wer stellt die Maschinen her, wer baut die Wohnungen, wer bestellt den Acker, wer baut die Eisenbahnen und Kanäle, ja wer sorgt dafür, daß alle diese Kulturgüter überhaupt vorhanden sind? Das sind doch die Arbeiter, die vielen namenlosen Arbeiter, die jahrein, jahraus in schlechten Werkstätten, an Feueröfen und lebensgefährlichen Transporteinrichtungen, in Gruben und Steinbrüchen schaffen und arbeiten, ohne mehr als einen kärglichen Lohn dafür zu bekommen. Und diese Arbeiter schreien nach dem Recht zum Leben, das ein fluchwürdiges Wirtschaftssystem eingengt hat. Sie haben den geringsten Anteil an den Lebensgütern, die sie täglich herstellen.

Aber jedes Menschenwert ist schließlich durch Menschen geschaffen worden und auch das kapitalistische Wirtschaftssystem ist Menschenwerk. Das Recht zum Leben, das uns dieses System beschneidet, müssen wir uns erkämpfen, denn von selbst kommt nichts, wie auch diese Ausbeutungswirtschaft nicht ohne unser Zutun entstanden ist. Der Ruf der vielen Millionen Arbeiter nach dem Lebensrecht ist berechtigt, aber haben wir nicht selbst Schuld daran, daß wir so wenig davon besitzen? Können wir nicht, wenn wir einig und geschlossen dastehen, unser Lebensrecht ausbauen und erweitern? Wenn man diese Frage aufwirft, muß man sie bejahen. Es hängt von uns selbst ab, wie groß der Anteil ist, den wir an den Lebensgütern der Erde besitzen.

Das ist das größte Unglück der Arbeiterklasse, daß sie getrennt marschiert, daß leider sehr viele unter uns sind, die auf die politischen Scharlatane hereinfallen und auf Glücksrittern ihre Hoffnungen setzen, anstatt sich auf sich selbst zu verlassen.

Dazu kommt jene große Schar Unbelehrbaren, die von einem Kampf mit dem Berufscollegen Seite an Seite nichts wissen wollen, die da meinen, der Unternehmer wolle ihr Bestes, wenn er einmal ein freundliches Wort mit ihnen wechselt. Der Kampf um die gerechte Verteilung der Lebensgüter wird zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten, daran kann weder ein Werkverein, noch eine Nazipartei etwas ändern, die ja schließlich nur zu dem Zwecke gegründet werden, Uneinigkeit in den Reihen der Arbeiterklasse zu säen.

Jahrhunderte sind vergangen, von blutigen und grausamen Kämpfen berichtet die Geschichte. Im Mittelalter waren es die

Sklaven, im Mittelalter der Bauer und in der Neuzeit ist es der Lohnarbeiter, der um die Erweiterung seiner Lebensrechte ringt. Immer hat die Masse aus natürlichem Erhaltungstrieb heraus empfunden, wo der Anfang gemacht werden muß, um die drückenden Lasten zu mildern. Stets hat sie auch instinktiv gefühlt, wo die Bedrücker sitzen. Aber Uneinigkeit im eigenen Lager, mangelnde Organisationsstärke, Quertrereibereien, die von den Unterdrückten geschickt ausgenutzt wurden, brachten erfolgversprechende Anfänge zur Auflösung. Die moderne Arbeiterbewegung ist mit den Zusammenrottungen der Sklaven im Altertum und der Bauern im Mittelalter nicht zu vergleichen, sie hat jenen die Organisation voraus, sie wird beherrscht von einem gemeinamen Willen. Im Kampfe um das Recht zum Leben ist die sozialistische Arbeiterbewegung schon durch die Gewerkschaften allen anderen früheren Arbeiterzusammenschlüssen weit überlegen.

Die Menge der vorhandenen Lebensgüter ist so reichlich und groß, daß kein Mensch zu hungern und niemand zu darben braucht. Durch die ungerechte Verteilung aberhäuft sich auf der einen Seite der Reichtum und auf der anderen ist Armut. Die Arbeiterklasse, die zahlenmäßig die Mehrheit ist, hat nur einen geringen Anteil an den Lebensgütern. Sie wohnt schlechter, sie muß an Nahrungsmitteln und Genußmitteln entbehren, es teilen sich hier oft tausende in den Lebensgütern, die ein einziger Reicher besitzt. Diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist nicht von heute auf morgen entstanden, sondern ist das Ergebnis einer langen Entwicklung, während der naturgemäß die unterdrückte Masse immer gegen die bevorrechtete Schicht um die gleichmäßigere Verteilung der Lebensgüter gekämpft hat. Der Kampf darum hat nie aufgehört, nur die Formen, in denen er geführt wurde, waren verschieden. Verzweifelte Aufstände der Unterdrückten, die durch Hunger und Not langsam genährt wurden, bis sie eines Tages zur Entladung kamen, wechselten mit stillem Ringen um einen höheren Anteil an den Lebensgütern.

Das Recht zum Leben besitzt auch die Arbeiterklasse, und es ist ihre Schuld, wenn sie so wenig davon hat. Klagen und Jammern ändern an den Dingen nichts, dadurch wird es nicht besser, und der stets naheliegende Schluß, daß es den anderen ja genau so und noch schlechter geht, ist ein sehr schlechter und magerer Trost. Schon Goethe sagt, daß ängstliches Klagen kein Elend wendet und niemand frei macht. Der einzelne Mensch ist in diesem Kampfe um die gerechte Verteilung der Lebensgüter machtlos, aber im gemeinsamen Ringen, Schulter an Schulter mit den Arbeitscollegen, zusammengeschlossen in einer Organisation, läßt sich der Ausgleich schaffen. Die Gewerkschaften haben, seit sie bestehen, der Arbeiterklasse bereits einen größeren Anteil an den Lebensgütern errungen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Anteil heute erheblich größer wäre, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen noch stärker wären, als sie heute sind. Ein Vergleich mit den Zuständen der vorgewerkschaftlichen Zeit ist die Bestätigung dafür. Der Kampf um die Erweiterung der Lebensrechte der Arbeiterklasse ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wer hier absteht, steht und sich nicht einreißt in die Organisationen der Arbeiter, trägt dazu bei, daß das Unrecht verlängert wird.

Was bedeutet der Kurswechsel der deutschen Politik?

Der 30. Mai 1932 wird ein denkwürdiger Tag in der deutschen Geschichte sein. An diesem Tage wurde der Kurs der deutschen Politik offensichtlich und mit aller Ueberlegung nach rechts gedreht. Alle Halbheiten haben nunmehr ihr Ende erreicht. Jetzt wird es für jeden darauf ankommen, sich endgültig für rechts oder links zu entscheiden. Der reaktionäre Zug, von dem Teile des deutschen Volkes ergriffen sind, bekommt nunmehr seinen prägnanten Ausdruck in dem Wechsel der Regierungen des Reichs, in Preußen und anderswo. Doch auch mit einem Regierungswechsel wird der politische Kampf noch nicht auf seiner Höhe angelangt sein, denn recht bald wird es sich herausstellen, daß eine rechtsgerichtete Mittelregierung, die von den Nationalsozialisten nicht maßgebend beeinflusst wird, nicht lebensfähig ist.

Eine Auflösung des Reichstags ist die Folge. Dann geht der Kampf von neuem los mit all seinen Anstrengungen, Strapazen, Lügen, Verleumdungen und Opfern, bei denen auch das Leben nicht sicher ist.

Bei diesem Kurswechsel heißt es sich klar zu machen, wohin die Fahrt gehen soll. Die deutsche Arbeiterklasse hat es auch jetzt wieder in der Hand, das zukünftige Schicksal Deutschlands zu beeinflussen.

Zwei Tage vor seinem Abschied sprach der gewesene Reichkanzler Dr. Brüning vor der ausländischen Presse. Er erklärte dort, daß die deutsche Regierung sich mit allem anderen als mit Regierungskrisen beschäftige. Die deutsche Reichsregierung wäre glücklich, wenn sie keine anderen Sorgen hätte. Der Vorsitzende des Verbandes ausländischer Presse, der holländische Journalist Max Blozpl, veränderte in seiner Erwiderung an den Kanzler das bekannte Wort von Wilhelm Buich: Kanzler stürzen ist nicht schwer, Kanzler sein dagegen sehr. Obwohl eine Regierungskrise schon länger in der Luft lag, hat vielleicht Dr. Brüning am 28. Mai selbst nicht geahnt, daß er 36 Stunden später entschlossen war, das Reichskanzlerpalais zu verlassen. Brüning, der auch jetzt noch glaubte, auf Grund seiner Fähigkeiten und seines Einflusses die Dinge meistern zu können, mußte einsehen, daß er ungeheuren Schwierigkeiten gegenüberstand.

Was war der Grund dieses Regierungswechsels in einer Zeit, wo Deutschland vor den schwerwiegendsten Entscheidungen steht? Kein Volk mit politischem Sinn wird ohne Grund

einen Regierungswechsel vornehmen, drei Wochen vor einer Konferenz (Lausanne), die das Schicksal der Völker für die nächsten Jahre zu bestimmen haben wird. Daß diese schwerwiegenden Bedenken glatt über den Haufen gerannt wurden, liegt an den reaktionären Strömungen, die in Deutschland seit Ausbruch der Krise immer mehr an Boden gewinnen.

Die Nationalsozialisten sind trotz ihrer Gemeingefährlichkeit, trotz ihres zwiespältigen Charakters, trotz ihrer Programmlosigkeit zu einer politischen Macht geworden. Bei der Wahl in Oldenburg haben sie sogar die absolute Mehrheit erhalten. Wenn wir diese Machtentfaltung einer programmlosen Partei auch nur als eine vorübergehende Sache ansehen, so glaubte der Reichspräsident dennoch, ihr Rechnung tragen zu müssen. Vorangegangen ist dem eine wochenlang anhaltende offene und geheime Beeinflussung des Reichspräsidenten aus unkontrollierbaren Kreisen. Man weiß aus der Regierungszeit Wilhelms II., daß einer der mächtigsten Faktoren der deutschen Politik die sogenannte Hofmarilla war. Hinter den Kulissen zogen Ohrenbläser die Drähte. Ursprung und Verlauf dieser Regierungskrise lassen erkennen, daß wir diesen Zuständen von dem Zeitpunkt wieder bedenklich nahe gekommen sind. Das Blatt der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ hat die Dinge ziemlich richtig gesehen, wenn es schrieb:

„Wie man sieht, liegt das ganze politische Spiel dieses Kreises aus Großagrariern, Industriellen und „unabhängigen“ Persönlichkeiten völlig im Dunkeln. Ihre monatliche Wühlarbeit war nicht greifbar. Ihr Einfluß und ihre Bedeutung lassen sich nicht messen, ihre Beziehungen, auch nach außen hin, sind nicht zu kontrollieren. Ihre Pläne und ihr Programm sind nicht bekannt. Alles in allem: Man weiß nicht, wohin sie steuern wollen. Man sieht nur die Tatsache, daß hier ein paar Menschen unkontrolliert und diktatorisch einem 64-Millionen-Volk ihre Politik aufzwingen und damit, in einer entscheidenden Phase, über sein Schicksal bestimmen wollen. Das ist eine Entwicklung, der man mit schärfstem Mißtrauen gegenübersehen muß. Vor allem haben die Gewerkschaften und die ganze Arbeitnehmerklasse allen Grund zu einem solchen Mißtrauen.“

Die Schiebungen hinter den Kulissen haben den Kurswechsel der deutschen Politik eingeleitet. Eine Regierung, die noch vor wenigen Wochen von dem noch in Kraft befindlichen Reichs-

parlament ein Vertrauensvotum erhalten hat, glaubt die Stütze seines Wirkens verlassen zu müssen, da sie mit dem Reichspräsidenten und dem hinter ihm stehenden Kreise nicht einer Meinung ist. Das ist sicherlich ehrlich und konsequent! Daneben sprechen wir es offen aus, daß der Kurs der bisherigen Politik unmöglich fortgesetzt werden konnte. Schließlich läßt es sich auch nicht mehr länger verantworten, daß politische Demagogen Jahre hindurch im Lande herumziehen und die freie Arbeiterbewegung für die Sünden des „Systems“ und für die Taten der Regierung Brüning verantwortlichen machen. Wenn wir jedoch die Schiebungen um den Reichspräsidenten als den wahren Krisenherd erkennen, so dürften wir dabei nicht außer acht lassen, daß vom „Braunen Haus“ der Druck ausging. Diese Herrschaften haben erklärt, daß sie auch eine Rechtsregierung nicht tolerieren würden, sondern auf Neuwahlen bestehen. Es scheint uns, daß das deutsche Volk um diese folgenschwere grundsätzliche Entscheidung nicht herumkommt.

Geben wir uns keiner Täuschung hin: ein in der heutigen schweren wirtschaftlichen Zeit gewählter Reichstag wird ein anderes Gesicht haben als der jetzige. Die Länder haben uns einen Vorgeschmack davon gegeben, welche Verheerungen die aus allen Schleißen hervorbrechende Demagogie bei einem unpolitischen Volke wie dem unsrigen anzurichten vermag. Das Kabinett Brüning war sicherlich nicht nach unserem Geschmack. Ja, wir sind uns darüber klar, daß die wirtschaftlichen Entscheidungen dieses Kabinetts von einer Rechtsregierung nicht drückender für das arbeitende Volk hätten formuliert werden können. Dennoch gab dieses Kabinett die Garantie, daß die Verfassung gewahrt blieb und keine Experimente faschistischer Art eingeleitet wurden. Daneben hat das Kabinett Brüning zweifellos Verdienste aufzuweisen. Die Art, wie die Finanz- und Bankkrisis liquidiert wurde, wird noch späteren Geschichtsschreibern eine gewisse Achtung abnötigen. Leider war es so, daß für die Sünden dieses Kabinetts die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verantwortlich gemacht wurden, obwohl sie auf die letzten Entscheidungen einflußlos waren. Dieses Spiel hat jetzt ein Ende. Jetzt müssen andere versuchen, das Schicksal Deutschlands nach ihren Methoden zu meistern. Möge ihnen die Last der Verantwortung nicht leicht werden!

Wie so oft, steht das deutsche Volk wiederum vor einer heillosen Situation, die auch durch das schnell gebildete Kabinett nicht klarer wird. Durchschüttelt von einer schweren Wirtschaftskrise, muß die deutsche Arbeiterklasse zusehen, wie unkontrollierbare Kräfte politische Krisen einrichten, die die Lage der Arbeiter keineswegs erleichtern. Doch blicken wir der Gefahr nüchtern und klar ins Auge: Der Kurswechsel in der deutschen Reichspolitik soll den Schlüsselstein bedeuten in der Entwicklung, die die politische Macht vollständig den rechtsgerichteten Kreisen überantwortet. Auch der letzte Rest von Einfluß der arbeitenden Klasse soll ausgeschaltet werden. Man stellt das „System“ in den Vordergrund und meint den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften. Daß die SH-Orden aufgelöst wurden, aber das Reichsbanner und die Eisene Front bestehen blieben, das haben die Kreise, die jetzt den Sturz Brünnings vollführten, nicht verhindern können. Die Reaktion trat bisher in Deutschland nicht offen zutage. Jetzt wird sie in aller Offenheit ihre Pläne entrollen und danach handeln. Mit einer Rücksichtslosigkeit wird jetzt den Grundrechten des arbeitenden Volkes zu Leibe gegangen werden. Es ist nur bedauerlich, daß diesem fürchtbaren Ansturm eine gespaltene sozialistische Bewegung gegenübersteht. Obwohl die Kommunisten durch die Brügelein im Preussischen Landtag einen Vorgeschmack vom „Dritten Reich“ bekommen haben, scheint diese Lektion noch nicht auszureichen, um sie zur Vernunft zu bringen. Mit sinnlosen Forderungen, die jetzt im Lande angezettelt werden, läßt sich die Einigkeit der Arbeiterbewegung nicht einleiten. Die Kommunisten werden ihre politische Reise in den nächsten Wochen zu beweisen haben. Von ihnen hängt es zum Teil ab, ob die vereinte Reaktion ihr Ziel zu erreichen vermag. Schließlich werden die Gewerkschaften wiederum den Kern einer entschlossenen Abwehr zu bilden haben. Wir rufen aber allen Freunden in Stadt und Land zu:

Seid auf dem Posten, laßt die Dinge kaltblütig an euch heran- kommen und setzt reslos eure Kräfte ein, wenn es notwendig ist!

Werben

Mehr als zu je einer Zeit früher muß heute der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit wachen Sinnen und kampfgewübtem Geiste durch das Leben gehen. Die Gewerkschaften stehen im schärfsten Feuer des Angriffs. Dazu kommt die Not der Wirtschaftslage, die am Mut und Willen zehrt. Darum muß jeder Augenblick jetzt dazu ausgenutzt werden, die Verhältnisse zu durchdenken, zu durchsprechen, zu beeinflussen im Sinne des Fortschritts und Aufstiegs. Dieser Fortschritt und Aufstieg wird heute nicht mehr lediglich von den alten Mächten, die über die Arbeitsmöglichkeiten und das sogenannte „Volksvermögen“ verfügen, aufzuhalten versucht, sondern sogar von irreführenden Arbeitermassen selbst. Es ist ihnen in allen Tönen der Musikleiter immer und immer wieder das verlogene Lied von den „Fehlern des Systems“ vorgespielt worden. Was man unter „System“ und was unter seinen angeblichen Fehlern verstand, wurde allerdings niemals näher gesagt. Aber der geschäftstüchtige Kapitalist weiß aus beruflicher Erfahrung, daß es ganz überflüssig ist, etwas zu erklären oder zu beweisen, wenn man „geschäftlichen Erfolg“ haben will. Es muß nur immer wieder mit gar nicht zu beeinflussender Sicherheit und Hartnäckigkeit dasselbe behauptet und in die breite Öffentlichkeit hinausgeschrien werden. Es müssen leicht zu wiederholende Sätze, Ausdrücke, Schlagworte geprägt werden und in Wort und Schrift überall in die Menge hineintönen, hineinleuchten. Nie zuvor wurde die politische Irreführung so ausgesprochen geschäftsmäßig betrieben, wie in den letzten Jahren der nationalsozialistischen Werbe-tätigkeit. Schon allein die enge Vertrautheit der führenden Kräfte

Im Nazilager mit den Gepflogenheiten der geschäftlichen Werbung sollte mißtrauisch machen. Kann denn das eine Bewegung, der Arbeiter sein, die so echt kapitalistisch urteilt und handelt? Und woher kommen die ungezählten Millionen, die eine solche rastlose, ausgebreitete, oft geradezu die Massen aufwühlende Werbung kostet? Überall muß heute streng gerechnet und gespart werden, nur nicht im Lager der Nazis. Hier merkt niemand etwas von der Schwere der Zeit.

Je nachdrücklicher und eifriger von der Naziseite aus für die Grundgedanken des Kapitalismus und Imperialismus geworden wird, desto unermüdlicher muß auch von der Gegenseite aus für den sozialen und demokratischen Gedanken eingetreten werden. Allerdings: einen Vorteil haben die Nazileute für sich, wenn sie werden: die verhängnisvollen Verträge, die nach kurzbar harten Entbehrungen Deutschland aufgezungen wurden. Ohne diese sogenannten Verträge wären trotz allem ihre Erfolge nicht zu erklären. Es ist zwar tief verabscheuungswürdig, aus der Not dieser Verträge eine Waffe gegen die zu schmieden, die sie am allerletzten verursacht haben. Wäre der soziale und der demokratische Gedanke vor dem Kriege mächtiger in Deutschland gewesen als er leider war, es sähe heute ganz bestimmt anders in der Welt aus. Auch in der Geschichte der Völker wirkt eben das Naturgesetz von der Erhaltung der Kraft. Es geht kein Stoff verloren in der Welt, aber auch keine geistig-sittliche Kraft. Der Volksmund drückt das einfach und treffend so aus: „Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es wieder heraus.“ Es sind die Ideen des Kapitalismus und Imperialismus gewesen, die die Völker gegeneinander geführt haben. Die Ideen der Besitz- und Machtmehrung, der Selbstüberhebung und Unduldsamkeit zerrten die verblendeten Menschen von allen Seiten in das Kriegsunglück hinein und nach dem Kriegsunglück in die grauenhafte Verlogenheit eines Friedens, der tausend Keime zu allen möglichen neuen Nöten und Schrecken enthielt. Und ausgerechnet in den Dienst dieser irrigen und gefährlichen Ideen stellt sich die Nazibewegung. Und dazu wagt sie dreist zu behaupten: „Ihr von links seid schuld daran, daß es heute so schlimm in Deutschland, so schlimm in der ganzen Welt aussieht. Euer System war falsch.“ Nein, das System der sozialen, demokratischen Grundgedanken war und ist nicht falsch. Auch in der vollständig verwirrten Gedankenwelt der Nachkriegszeit hat es sehr viel Segen gestiftet. Hätte sich der soziale, demokratische Gedanke nur ungehemmt und stärker auswirken können, als es die Verhältnisse zuließen, der große materielle und ideelle Trümmerhaufen, vor dem die Menschheit stand, als die Waffen niedergelegt wurden, wäre leichter und schneller wegräumen gewesen. So aber wirkten immer noch die unglücklichen Ideen weiter auf den Lauf der Dinge ein, aus denen heraus der Krieg mit Pulver und Blei und der Krieg mit Papier und Gold entsprang. Es ist einseitig und ungerecht, heute überhaupt von „Schuld“ zu sprechen. Der Weg der Menschheitsentwicklung führt durch tiefe Täler der Not hindurch, weil Unzulänglichkeit alles menschliche Erkennen, Wollen und Tun immer wieder zu Irrtümern verleitet. Noch sind die alten großen Irrtümer nicht einmal einigermaßen aufgehellt und schon stehen wir wieder mitten in einem neuen verhängnisvollen Irrwahn — dem Naziwahn.

Außer aus den unglücklichen Nachkriegsverträgen zieht die Nazibewegung ihre Kraft aus der allseitig äußerlich gehässigen Bekämpfung der sozialen, demokratischen Ideen, wie sie dem deutschen Volke vor dem Kriege mit allerhand staatlichen Machtmitteln anezogen wurde. Die fortschrittliche Arbeiterbewegung wurde in ein falsches Licht zu rücken versucht. Man versuchte die ihr zugrunde liegenden Ideen als minderwertig, gefährlich und sogar als verächtlich hinzustellen. Es wurde systematisch darauf hingearbeitet, die Öffentlichkeit vorzueingenommen, selbstüberheblich gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung einzustellen. Es sollte verhindert werden, daß es als Pflicht und Aufgabe angesehen wurde, die gewaltigste aller Bewegungen in ihren tieferen Ursachen und Zielen verstehen zu lernen. In anderen Ländern, so besonders auch in England, war das anders. Dort war der Staatsbürger bereits reifer und selbständiger. Im Klassenbetonten Deutschland ließ sich leichter Vorurteil und Dünkel züchten. Selbst in den sogenannten gebildeten Kreisen gibt es heute erst wenig ernsten Willen zu gewissenhafter, wahrhafter Sachlichkeit und Gerechtigkeit. Die Arbeiterbewegung wird nicht verstanden, weil sie in Herkommen und Gewohnheit und in die ganze Art zu denken und zu urteilen als etwas Fremdes hineinklingt. Und dann erst die gewerblichen Mittelschichten! Hier ist das selbständige staatliche Denken erst

recht verkümmert. Der Naziphraasenschwall fällt so in sehr breiten Volksschichten auf einen günstigen Boden. Die trostlose Zueenarmut, die Not der Wirtschaft, die Fehler der Sieger und die im ganzen nicht leicht zu verstehenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge — das alles macht den Fanatikern der Nazibewegung die Werbearbeit sehr leicht.

Die gegenwärtige große Gefährlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands kündigt die Volkserheber im Nazilager nicht im geringsten. Trotzdem bezeichnen sie sich selbst als diejenigen, die allein „national“ empfinden und wahrscheinlich auch handeln. Das Handeln besteht allerdings bis jetzt fast ausschließlich im Aufspeisigen blinder Leidenschaften mit großen Worten. Andere, die ehrlich und oft mit viel Opferwilligkeit und großem Geschick gearbeitet haben, werden heruntergerissen und verdächtigt. Die Geschichte wird über diese „Bewegung“ fraglos noch einmal ein vernichtendes Urteil fällen. Aber einstweilen erschwert und gefährdet sie die an sich schon sehr bedenkliche Lage Deutschlands noch bedeutend. Unserem schwergeprüften Volke bleibt anscheinend nichts erspart.

Das Maß Bier als Wertmesser der Arbeitsleistung

Der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer ist von Hitler zum Ministerpräsidenten von Preußen ausersehen. Diese Berufung zu einem so hohen Amt deutet bereits darauf hin, daß es sich hier um eine Kanone im Kreise der Nationalsozialisten handeln muß. Diese nationalsozialistische Größe hat am 10. Mai im Reichstag eine Rede gehalten, die jetzt im Stenogramm vorliegt. Die Rede Straßers gilt als eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Wirtschaft. Beim Lesen derselben fällt man sich an den Kopf und fragt sich, wie ist es möglich, daß eine Partei, die solchen Unsinn als ihr Programm ausgibt, auch nur einige tausend Anhänger um sich zu scharen vermag. Und doch sind es nicht Tausende, sondern viele Millionen. Jeder organisierte Arbeiter, der mit seiner Volksschulbildung auch nur etwas über die Wirtschaft der Gegenwart nachgedacht hat, wird vor Laichen Purzelbäume schlagen, wenn er dieses krause Zeug eines Oberdemagogen über sich ergehen läßt. Daß auch Intellektuelle und Leute, die sich beleidigt fühlen würden, wenn man sie als Idioten bezeichnet, einer Partei mit solchem Programm angehören, gehört zu dem Widerspruchsvollsten dieser verrückten Zeit.

Wir wollen unsere Leser nicht mit all dem Unsinn behelligen, den Straßer von der Tribüne des Reichstags aus zu verzapfen die Stirn hatte. Nur ein Beispiel: Straßer wünscht die Zeiten zurück, in denen, wie in Bayern, nicht das Gold, sondern „das Maß Bier“ ein Wertmesser für eine ganz bestimmte Arbeitsleistung und im weiteren Verlauf für ganz bestimmte Lebensgüter war. Ich sehe die unerhörten Schwierigkeiten der heutigen Tarifbesprechungen darin, daß der Staat heute keine Möglichkeit hat, das Lohnproblem von solch einem Wertmesser, von solch einer „Scheidemünze“ aus anzupacken. Was sagt ein Mensch mit gesundem Verstand zu solch einem Unsinn? Man beachte, es handelt sich hier nicht um eine beliebige Person, sondern um einen maßgebenden Führer der



Die Volksvertretung im Volksstaat

Im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge des Regierungsturzes durch persönliche Maulwurfsarbeit und auf die allgemeinen parlamentarischen Zustände in Deutschland, der Notverordnungspolitik usw. erscheint uns die nachstehende Abhandlung sehr angebracht. Wir alle können nur wünschen, daß den gegenwärtigen parlamentarischen Ohnmachtsverhältnissen recht bald ein Ende gemacht wird.

Im heutigen Volks- und Freistaat hat die Volksvertretung eine sehr große Macht in Händen. Im alten Staate lag die entscheidende Macht beim Monarchen und Bundesrate. Jetzt steht der Reichstag an erster Stelle. „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sagt der Artikel 1 der Reichsverfassung. Und in den Artikeln 20 und 21 heißt es: „Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“ Der Artikel 36 sichert die Unabhängigkeit der Abgeordneten dann noch wieder mit den Worten: „Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“ Die große Verantwortung, die der vom Volke gewählte Vertreter trägt, macht diese, die Freiheit des Handelns schützenden Verfassungsbestimmungen durchaus nötig. Sie heben die Verantwortung gegenüber dem Volke nicht etwa auf, sie stellen sie nur auf eine allgemeine, breite Grundlage. Der Abgeordnete ist dem ganzen Volke verantwortlich, nicht etwa bloß einem bestimmten Volksteil, der engeren Wählerschaft, die ihm ihre Stimme gab.

Der Reichstag ist der erste Träger der Reichsgewalt. Weitere unmittelbare Staatsorgane sind: der Reichspräsident, die Reichsregierung und der Reichsstat. Die Minister werden vom Reichspräsidenten ernannt. Sie sind Beamte. Sie müssen aber das Vertrauen der parlamentarischen Mehrheit besitzen. Dies ist entscheidend für ihre Amtsstellung. Der Reichspräsident ist nicht der Borgehelfer der Minister. In der Reichsregierung führt der Reichsminister den Vorsitz. Er bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstage die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister die ihm anvertrauten Geschäfte selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber der Volksvertretung. Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich, Bündnisse und Verträge, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Reichstag berechtigt, den Reichspräsidenten, den Reichsminister und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches anzuklagen, falls sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben.

Im Reichsrat sitzen Mitglieder der Länderregierungen. Der Reichsrat vertritt die deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches. Den Vorsitz führt ein Mitglied der Reichsregierung im Reichsrat. Will die Reichsregierung Gesetzentwürfe

einbringen, dann muß der Reichsrat zustimmen. Geschieht das nicht, dann hat die Reichsregierung dem Reichstag die Ansichten des Reichsrats darzulegen. Die Gesetzesvorlage kann dann dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Beschließt umgekehrt der Reichsrat eine Gesetzesvorlage, die von der Reichsregierung abgelehnt wird, dann muß dem Reichstag ebenfalls die Meinung der Regierung dargelegt werden. Gesetzen gegenüber, die mit weniger als der Zweidrittelmehrheit vom Reichstag beschlossen worden sind, hat der Reichsrat das Einspruchsrecht. Können Gegenstände zwischen Reichsrat und Reichstag nicht ausgeglichen werden, so ist, falls der Reichspräsident es für notwendig hält, ein Volksentscheid herbeizuführen; auch dann, wenn eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag zustande gekommen ist.

Für die Fälle ernster Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gibt der Artikel 48 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten die Macht, verschiedene Artikel der Verfassung vorübergehend außer Kraft zu setzen. Er kann die bewaffnete Macht für den Schutz von Ordnung und Sicherheit einziehen. Aber die Volksvertretung, die von solchen außergewöhnlichen Maßnahmen lediglich verständigt werden muß, kann verlangen, daß sie wieder rückgängig gemacht werden. Das Wort: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“, besteht also auch in diesen Lagen zu Recht.

Der Reichstag besitzt das Haushaltsrecht, er muß die im Haushaltsplan enthaltenen Einnahmen und Ausgaben durch ein besonderes Gesetz genehmigen. Der Reichstag hat das Recht, die Reichsregierung beständig zu beaufsichtigen. Die Zusammenlegung der Regierung wird in der Hauptsache durch den Reichstag entschieden. Die Regierung kann nur dann arbeiten, wenn sie irgendeine Reichstagsmehrheit hinter sich hat. Kann sie dies nicht erreichen, dann kann sie veranlassen, daß der Reichspräsident den Reichstag auflöst. Das wiederum führt vielleicht doch nicht zu dem Ziele, eine anders entscheidende Volksvertretung zu erhalten. Die Reichstagsauflösung darf aus dem gleichen Grunde nicht noch ein zweites Mal erfolgen. Spricht die Volksvertretung einem Minister ihr Mißtrauen aus, dann muß er vom Reichspräsidenten entlassen werden. Es kann so der Rücktritt des ganzen Kabinetts erzwungen werden. Will der Reichspräsident einen Minister, dem die Reichstagsmehrheit nicht mehr vertraut, nicht entlassen, dann muß der Reichstag aufgelöst werden. Es müssen sehr wichtige Gründe sein, die den Reichspräsidenten bewegen können, sich mit diesem Mittel dem Reichstag entgegenzustellen. Er erreicht nichts, wenn der neue Reichstag die Ansichten des alten vertritt.

Das Aufgabengebiet der Volksvertretung ist heute außerordentlich umfangreich. Es könnte nicht sachgemäß und gründlich bearbeitet werden, wenn sich nicht im Laufe der Zeit die Ausschüsse gebildet hätten, die besondere Angelegenheiten genau untersuchen und klären. In die Ausschüsse entsenden die Parteien ihre tüchtigsten und für die zur Beratung stehenden Fragen mehr oder weniger sachverständigen Kräfte. Schon aus diesem Grunde ist es gut, daß alle Volksteile und Berufsschichten im Reichstage Vertreter aus den eigenen Reihen haben. In den Ausschüssen wird die wertvollste sachliche Arbeit geleistet. In der Reichstagsvollversammlung wird reichlich viel geredet, manchmal geredet, weil es von den Wählern und vielleicht auch vom

größten Parteideutschlands. Ein kommunistischer Abgeordneter traf den Nagel auf den Kopf, als er dem Redner zurief: „Wie wäre es mit einer Bierwährung, Herr Straßer?“ Wenn der Staat eine solche einführen würde, dann hätte er allerdings nicht mehr mit den „unerhörten Schwierigkeiten der heutigen Tarifbesprechungen“ zu rechnen. Weil wir aber keine Bierwährung haben, sondern eine Goldwährung, so müssen wir uns eben darin fügen, daß das Lohnproblem nach wie vor die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit beherrscht. Unsere Leser werden es nicht von uns verlangen, daß wir die zitierten Gedankenänge Straßers kritisch unter die Lupe nehmen. Ein solcher Unsinn läßt sich weder kritisieren noch zum Gegenstand einer Auseinandersetzung machen. Es bleibt nur zu bedauern, daß das Volk der Dichter und Denker solchen Schwärmern die Möglichkeit gibt, eine Millionen-gesellschaft um sich zu sammeln. Oder sollten die Geführten etwa auf dem gleichen geistigen Niveau stehen als die Führer?

Die Wartetage beim Bezuge von Krankengeld

Zu den Verschlechterungen, die die Notverordnungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung gebracht haben, gehört auch die Einführung der sogenannten Wartetage beim Bezuge von Krankengeld. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt in ihrem § 182 ausdrücklich und zugleich grundsätzlich, daß Krankengeld erst vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an zu gewährt ist. Das frühere Recht sah zwar auch derartige Wartetage vor. Krankengeld wurde vom 4. Krankheitstage an gewährt, trat jedoch die Arbeitsunfähigkeit erst später ein, so geschah die Zahlung vom Tage ihres Eintritts ab. Besonderes Gewicht ist hierbei auf den Unterschied zwischen „Arbeitsunfähigkeitstag“ und „Krankheitstag“ zu legen. Darüber hinaus war den Krankenkassen durch die Bestimmungen des früheren § 191 die Möglichkeit gegeben, bei Betriebsunfällen und bei Krankheiten, die länger als 1 Woche anhielten oder zum Tode führten, das Krankengeld bereits vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit ab zu gewähren. Diese Ausnahmebestimmungen sind gleichfalls weggefallen. Die Rechtslage ist demnach heute so, daß bei jeder Krankheit, die den Bezug von Krankengeld bedingt, dieses erst vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit ab gewährt wird. Trotz dieser klaren Fassung der gesetzlichen Bestimmungen ergaben sich in der Praxis bei ihrer Durchführung bald Meinungsverschiedenheiten. So hat das Reichsversicherungsamt am 26. 6. 1931 folgende Entscheidung gefaßt: „Bei dem Vorliegen eines einheitlichen Versicherungsfalles ist nur bei dem erstmaligen Eintritt der Arbeitsunfähigkeit das Krankengeld vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an zu zahlen, dagegen bei jeder weiteren während desselben Krankheitsfalles auftretenden Arbeitsunfähigkeit im Rahmen der Unterhaltungsdauer sofort zu gewähren.“ Unterm 26. 1. 1931 ist noch ein besonderer „Bescheid des Reichsversicherungsamtes betr. Wartetage für Krankengeld“ erschienen. Dieser Bescheid enthält denselben Rechtsgrundsatz wie die soeben angeführte Entscheidung. Von großer Bedeutung ist eine neuere Entscheidung vom 25. 1. 1932. In dieser heißt es: „In die Wartetage des § 182 Abs. 1 für den Bezug von Krankengeld ist der Tag des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit auch dann einzurechnen, wenn der Versicherte an diesem Tage noch voll gearbeitet und seinen vollen Lohn erhalten hat. Dieses Urteil hat einen für die Versicherten sehr günstigen Rechtsgrund aufgestellt. Nach ihm gilt der Tag, welchen der Arzt als Beginn der Arbeitsunfähigkeit bescheinigt, auch dann mit als Tag der Arbeitsunfähigkeit und dadurch als Wartetag, wenn der Versicherte an diesem Tage noch teilweise oder sogar voll gearbeitet und dafür Lohn erhalten hat.“

Für diejenigen Versicherten, die als Empfänger von Arbeitslosenunterstützung bei den Krankenkassen versichert sind, gelten für die Wartetage noch besondere Vorschriften. Diese sind enthalten in § 88 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Es heißt da: „Werden Empfänger von Arbeitslosenunterstützung durch Krankheit arbeitsunfähig, so steht für die ersten 3 Tage der Krankheit ihre Arbeitsunfähigkeit dem Fortbezuge der Arbeitslosenunterstützung nicht entgegen.“ Die Schaffung dieser Sondervorschrift war notwendig, da Arbeitslose grundsätzlich nur dann erhalten, wenn und solange sie nicht arbeitsunfähig sind. Diese Bestimmung führt in der Praxis dazu, daß Arbeitslose keine Wartetage zurückzulegen brauchen, sondern während derselben ihre Arbeitslosenunterstützung weiter beziehen. K1—9.

Ausland gehört werden soll. Die Vielrederei wird um so hemmender für die praktische Arbeit, je mehr Parteien bestehen. Alle Parteien haben das Bedürfnis, sich in der Öffentlichkeit bemerkbar und meistens auch beliebt zu machen. In Worten wird um die Gunst des Volkes geworben. Das ist eine Schattenseite der parlamentarischen Regierungsweise. Sie verliert an Bedeutung, wenn die Wähler politisch geschult und im ganzen urteilsfähiger werden. Für die politische Schulung des Volkes auf streng sachlicher, parteilich unbefangener Grundlage geschieht leider bis jetzt nicht genug. Das Volk muß es lernen, staatsbürgerlich und wirtschaftsbürgerlich zu denken und zu handeln, dann werden die Parteien viel von ihrer scharfen Prägung verlieren, dann werden sie auch nicht mehr beständig in der Furcht leben brauchen, sich unliebt zu machen, wenn sie folgerichtig und grundsatzgetreu handeln ohne nach rechts oder links zu sehen.

Im Reichstag arbeiten beständig folgende Ausschüsse: Der Ausschuss für den Reichshaushalt, der Ausschuss für Steuern und Zölle, der Ausschuss für Volkswirtschaft, der Ausschuss für soziale Angelegenheiten, der Ausschuss für Rechtsangelegenheiten, der Ausschuss für Bildungsfragen, der Ausschuss für Bevölkerungspolitik, der Ausschuss für das Wohnungswesen, der Ausschuss für Petitionen, der Ausschuss für Geschäftsordnungsangelegenheiten, der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der Ausschuss für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung. Die zuletzt genannten Ausschüsse schreibt die Verfassung ausdrücklich vor.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten arbeitet auch in den Reichstagsferien und, wenn der Reichstag schließt, solange, bis ein neuer Ausschuss eingesetzt worden ist. Es muß eben fortlaufend beobachtet werden, was sich von Bedeutung in der Welt zuträgt. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verhandelt in der Regel nicht öffentlich. Seine Sitzungen können aber mit Zweidrittelmehrheit für öffentlich erklärt werden. Von den Sitzungen aller übrigen Ausschüsse ist die Öffentlichkeit grundsätzlich ausgeschlossen. Auch die Presse hat keinen Zutritt zu den Beratungen. Regierungsvertreter können zu allen Zeiten in allen Ausschüssen erscheinen und den Ausschüssen nicht angehörende Abgeordnete ebenfalls, jedoch nur als Zuhörer. Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung bleibt auch beständig in Tätigkeit. Er überwacht die Regierung, wenn der Reichstag nicht tagt. Neu besetzt wird er, wenn der Reichstag nach Beendigung seiner Verhandlungszeit wieder zusammentritt.

Es können für alle Angelegenheiten nach Bedarf besondere Ausschüsse eingesetzt werden. Alle Ausschüsse können für Einzelfragen wieder Unterausschüsse bilden. Der Reichstag hat das Recht, für besondere Fälle Untersuchungsausschüsse einzusetzen, die vermutete Unregelmäßigkeiten in Staat oder Wirtschaft aufzuklären versuchen müssen. Diese Ausschüsse können, wie die Gerichte, Zeugen vorladen und eidlich vernehmen. Es werden die Vorschriften der Strafprozessordnung sinngemäß auf die Verhandlungen angewendet. Die Gerichte und Behörden müssen diesen Ausschüssen in jeder gewünschten Weise die Arbeit erleichtern. Einen Untersuchungsausschuss muß der Reichstag bereits einleiten, wenn ein Tünfel seiner Mitglieder es verlangt. A. S.

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,
Widersteh nicht mit hohem Mut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband für den Verband

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlaupatz beutet sie gehörig aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Ministerworte - Schlichterlatschen

Bei Erlass der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 haben Reichskanzler und Reichsarbeitsminister, die ja nunmehr gewesen sind, wiederholt erklärt, daß sie sich von niemand in der Sorge für die Opfer der Krise übertreffen lassen. Zur Begründung der Vierten Notverordnung wurde ausdrücklich erklärt, daß, wenn die Preisentwertung der Lohnentwertung nicht folgen sollte, damit eine neue Lage geschaffen wäre. In einem Schreiben an den Parteivorstand des Wels wurde diese Begründung besonders unterstrichen durch den damaligen Reichskanzler Brüning. Die Preisentwertungsaktion ist steden geblieben, wie selbst das Institut für Konjunkturforschung feststellen mußte. Wehlich wie der Reichskanzler hat sich der Reichsarbeitsminister ausgesprochen. Auf Tagungen christlicher Arbeiter wie auch auf dem Krisentag der freien Gewerkschaften hat er mit Entschiedenheit erklärt, daß das jetzige Lohnniveau im allgemeinen gehalten werden müsse im Interesse des Binnenmarktes. Eine Einlösung dieser Ministerversprechungen ist nicht erfolgt und jetzt hinfällig geworden. Die anhaltenden Lohnabbauforderungen der Arbeitgeber finden jedoch weitestgehende Berücksichtigung durch die dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Schlichter und Schlichtungsausschüsse. Eine besondere Zierde unter den Schlichtern ist der Herr Amtsgerichtsrat Dr. Lichtenstein, Hannover, der neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender einer Arbeitsgerichtskammer und stellvertretender Schlichter für Mitteldeutschland, noch als Sonderschlichter bestellt wurde für große Teile des deutschen Baugewerbes, für das mittel- und norddeutsche Steinlegergewerbe sowie für die mittel- und norddeutsche Pflaster- und Schotterindustrie. Dessen antisoziale Einstellung bei den Schiedsprüchen im Baugewerbe haben bei dem Unternehmertum des nord- und mitteldeutschen Steinlegergewerbes und der Pflaster- und Schotterindustrie derart eingeschlagen, daß sie dessen Befestigung beim Reichsarbeitsministerium in den vorerwähnten Streitfällen beantragten. Trotz Widerspruch der Gewerkschaften hat das Reichsarbeitsministerium den Anträgen stattgegeben. Bei der Behandlung des Lohnstreites für die Pflaster- und Schotterindustrie hat dessen antisoziales Verhalten wohl den Höhepunkt erreicht. Ob er damit schon über den Höhepunkt hinaus ist, kann bezweifelt werden. Jedenfalls darf er den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, einer Berufsgruppe mit schon unerträglich niedrigen Lohnsätzen eine weitere außerordentliche Lohnkürzung zuzumuten. Mit seiner und der Unternehmervertreterstimmen wurde am 18. Mai ein Schiedspruch gefällt, der bei Stundenlöhnen von 63 Pfennig eine Reduzierung bis zu 26 Prozent vorschreibt.

Alle Einwände, daß durch solche katastrophale Lohnkürzungen weder der Wirtschaft noch der Industrie gedient ist, ja, daß die naheliegenden Konkurrenzbezirke zum Erliegen kommen müssen, fand keine Beachtung. Seine vorgefaßte Ansicht ließ sich nicht erschüttern, und das Entgegenkommen an die Unternehmer ging so weit, daß die Unternehmerbeisitzer für ihre Werke noch besondere Vorteile erreichen konnten, indem der Betrieb einer niedrigeren Lohnklasse zugeteilt wurde. Desgleichen wurden durch den Schiedspruch die bisherigen Lohnschemata für einige Bezirke zugunsten der betreffenden Kollegen abgeändert, ohne daß in der Kammer darüber abgestimmt wurde. Angefichts solcher einseitigen Handlungen ist die Frage berechtigt: „Kann Herr Dr. Lichtenstein, dessen Gehalt die Löhne einer Anzahl Arbeiter dieser Industriegruppe aufwiegt und sogar durch die Sondertätigkeit als Schlichter nicht unbedeutlich noch erhöht wird, noch länger über die Löhne der Arbeiter befinden?“

Jedenfalls hat er das zu seiner Tätigkeit erforderliche Vertrauen der Arbeitererschaft verloren. Durch diesen Schiedspruch, der jedem gerechten Empfinden hohn spricht, hat er sich das Recht gegeben, noch länger die verantwortungsvolle Tätigkeit eines Schlichters auszuüben. Er hat damit zu erkennen gegeben, daß sich die Unternehmer keinen besseren Anwalt wünschen können bei ihrer an Stupidität grenzenden Hartnäckigkeit, den Lohnabbau weiter zu betreiben.

Der Extrakt dieses Schiedspruches vernichtet nicht nur die Arbeitsfreude, sondern vor allem auch die Arbeitskraft und den Unterhalt der Familie. Bei der Schwere der Arbeit des Steinbrucharbeiters und des großen Kleiderverbrauchs ist an eine entsprechende Ernährung und Bekleidung nicht mehr zu denken, wenn die Gemeinden nicht helfend eingreifen. Der unerhört wirtschaftsfeindliche Schiedspruch wurde für eine Industrie gefällt, deren Auftraggeber fast nur Kommunal- oder sonstige Behörden sind.

Berlin und dessen Straßenbau

Der „Städtische Nachrichtendienst“, herausgegeben vom Nachrichtenamt der Stadt Berlin, verbreitete kürzlich eine Pressemitteilung „Berlin und sein Straßenbau“, die auch für uns nicht uninteressant ist und die wir deshalb hier im wesentlichen wiedergeben wollen. Es heißt darin:

„Für Berlin kommen in der Hauptsache die Asphaltpflasterarten (Rauhspalt, Hartspalt und Walzspalt), ferner Grobsteinpflaster mit Zement- oder Bitumenverguß, Kleinsteinpflaster mit Zementverguß, Teerbetonpflaster, Betonpflaster und Holzpflaster in Frage. Letzteres scheidet zwar für Neuherstellung im allgemeinen aus und kann nur auf ganz besondere Ausnahmefälle beschränkt werden. Das gleiche trifft auch für Grobsteinpflaster mit Zementverguß zu. Von den sonst genannten Pflasterarten werden auch in Zukunft, wie bisher, die gewählt werden müssen, die die größte Wirtschaftlichkeit bieten. In welchem Umfang die für Berlin in Frage kommenden Pflasterarten wie Teerbeton, Zementbeton, Kleinsteinpflaster und die verschiedenen Asphaltarten in Frage kommen, hängt in erster Linie von den angebotenen Herstellungs- und Unterhaltungskosten ab und kann nur von Fall zu Fall entschieden werden.“

Das Klang zwar ganz annehmbar, und die Grundzüge, die in dieser Veröffentlichung vertreten werden, sind — von kleinen Schönheitsfehlern abgesehen — ganz gesund. Aber in der Praxis sieht es etwas anders aus; denn inzwischen sind die Verträge mit den Asphaltfirmen erneuert worden, die einer Entscheidung „von Fall zu Fall“ doch vorgreifen. Wahrscheinlich hat man sich von den etwas geringeren Herstellungs- und Unterhaltungskosten des Asphaltpflasters täuschen lassen, ohne an die höheren Unterhaltungskosten zu denken, und wahrscheinlich hat man auch nicht daran gedacht, daß durch die Herstellung von Steinpflaster, bei dem eine größere Anzahl von Arbeitskräften beschäftigt werden könnte als beim Asphaltstraßenbau, der Arbeitsmarkt entlastet worden wäre, wobei die Stadt die etwas höheren Gekostungen durch Ersparnisse in der Erwerbslosenhilfe ausgleichen hätte.

Bedenkt worden ist anscheinend auch nicht, daß durch neue Asphaltverträge den Forderungen auf ein anderes, griffigeres Pflaster, wie es von den Verkehrsorganisationen seit Jahren verlangt wird, nicht entsprochen wird. Man wird darauf erwidern, daß der gefährliche Stampfasphalt, im Volksmunde „Rutschspalt“ genannt, nicht mehr zugelassen sei. Praktisch sehen die Dinge jedoch so aus, daß nicht nur der Stampfasphalt gefährlich ist, sondern daß in den Straßen mit starkem Verkehr die Delbede, die sich unweigerlich bildet, bei nassem Wetter sich auch auf anderen Asphalt ähnlich auswirkt wie der sogenannte „Rutschspalt“.

Warum übrigens das sich doch vorzüglich bewährende Grobsteinpflaster mit Zementverguß nicht verwendet werden soll, ist uns

einigermaßen unverständlich. Beim Holzpflaster können wir diese Anmerkung zwar verstehen: es ist zu teuer! Für das Grobsteinpflaster dürfte das bei seiner langen Lebensdauer jedoch kein ausschlaggebendes Moment sein. Sollte da etwa die Rücksicht auf die jetzt verpackten städtischen Schlachtensteinwerke eine gewisse Rolle spielen? —

Jedenfalls ist im Kampf um das Berliner Pflaster noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wahrscheinlich werden auch die Gerichte ein gewichtiges Wort mit zu reden haben; denn die Stadt Berlin ist von einem Automobilisten, der durch den Rutschspalt zu Schaden gekommen ist, auf Schadenersatz verklagt worden. Sollte die Stadt verurteilt werden, dann dürfte das auch für Berlin und seinen Straßenbau nicht ohne Einfluß bleiben.

Oppach, Bezirkskonferenz am 20. Mai, Tagesordnung: 1. „Die Lage in der Granitindustrie und die Haltung der Unternehmer.“ 2. Gewerkschaftliches. Nach der Wahl des Büros ergab die Beratung der Präsenzliste, daß sechs kleine Betriebe untertreten waren. Zur Tagesordnung machte der Bezirksleiter, Kollege Schwarz, etwa folgende Ausführungen: Unsere Erwartungen, daß sich die Lage im Frühjahr etwas bessern würde, haben sich nur zum kleinsten Teil erfüllt; während die Schleifereien einigermaßen in Gang kommen, liegen die Brüche und Schotterwerke nach wie vor vollständig still. Unterstützt durch die ungeheuerliche Krise mit ihrer noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit, bieten die Arbeitgeber alles auf, um die Kollegen wieder in die Verhältnisse der Vorkriegszeit zurückzuwerfen. Die Unternehmer legen sich in der Ausbeutung der Arbeitskraft der Kollegen immer weniger Beschränkung auf. Anscheinend hat eine neue Lohnbauoffensive begonnen, die wahrheitlich den letzten Rest von Widerstandskraft gegen die Unternehmerwillkür beseitigen soll. Demgegenüber sei es höchste Pflicht dafür zu sorgen, daß die Uneinigkeit unter den Kollegen endlich verschwindet, um den Unternehmern wirkungsvoll entgegenzutreten zu können. Die Aussprache an diese Ausführungen war sehr umfangreich, man verlangte endlich Schluß mit dem Abbau der Löhne. Notverordnung und Schiedspruch haben sogar die betrieblichen Abmachungen und übertariflichen Bezahlungen beseitigt. Dadurch sind die Löhne auf einen Stand gelangt, der nur die kümmerlichste Lebensführung gestattet. Eine weitere Senkung der Löhne würde das Absinken der Arbeitererschaft ins Lumpenproletariat bedeuten. Es wurden Fälle angeführt, wo der Unternehmer nicht nur verweigert, durch Unterschrift den Verzicht auf den tariflich festgesetzten Lohn zu erlangen, sondern darüber hinaus auch das gesetzlich oder verfassungsmäßig gewährleistete Koalitionsrecht zu beseitigen. Leider muß festgestellt werden, daß veranlaßt durch die wirtschaftlichen Mißverhältnisse, derartige Machinationen auch Erfolg hatten und arbeitgeberseitig das Verhalten einiger Verbandsaußenleiter benutzt wird, um mit einem weiteren Lohnabbau von 20 Prozent zu drohen. Einige Redner gehen auf den Krisentag in Berlin ein und wünschen, daß den Worten nun endlich die Tat folge. Denn nur Arbeit und zwar mit ausreichender Bezahlung kann einen Ausweg aus der Misere bringen. Der Straßen- und der Wohnungsbau bieten hierzu eine weitgehende Möglichkeit. Am Schluß der Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 21. Mai in Oppach tagende Konferenz des Bezirks Oberlausitz nimmt mit Empörung Kenntnis, daß bereits eine neue Lohnabbauwelle im Anzug ist und erklärt, daß ein weiterer Lohnabbau nicht mehr tragbar ist. Die Konferenz fordert die Zentrale auf, bei eventuellen diesbezüglichen Forderungen die Schlichtungsstellen dahin zu informieren, daß eine weitere Senkung unbedingt abgelehnt wird. Nicht Abbau, sondern Angleichung an die bei weitem ungenügend geringsten Preise ist dringende Notwendigkeit. Weiter wird die Zentrale beauftragt, beim ADGB dahin zu wirken, daß sich dieser mit allen Mitteln bei den Regierungsstellen dafür einsetzt, daß unter keinen Umständen eine weitere Lohnreduzierung bei allen Berufen mehr erfolgt.“ In „Verschiedenes“ gab Kollege Schwarz die Notmaßnahmen der Zentrale bekannt. Die Konferenz nimmt hiervon Kenntnis. Weiter wurde die bisherige Lohnkommission bis Ende des Jahres befristet. Eine längere Aussprache über die Organisation in den Betrieben stellte fest, daß der Stand in Anbetracht der schlechten Lage, mit Ausnahmen einiger Betriebe, als zufriedenstellend angesehen werden kann, allerdings ist Wachsamkeit und Rührigkeit der Kollegen notwendig, um den Streifenanfängen der Nazis und ADO entgegenzutreten zu können. Mit einer Aufmunterung zur weiteren Mitarbeit und zum weiteren Ausharren im eigenen Interesse und der Mahnung, alle Uneinigkeit zu vermeiden, fand die Konferenz ihren Abschluß. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Tagung vom Kollegen Mehrfort geschlossen.

Hauzenberg. Eine gutbesuchte Versammlung besaßte sich am 9. Mai mit den gegenwärtigen beruflichen und organisatorischen Verhältnissen unserer Zahlstelle. Infolge der lang anhaltenden Erwerbslosigkeit sind leider in letzter Zeit manche Kollegen flau geworden und wurden in ihrer Verzweiflungstimmung von Propaganda der ADO für deren sauberen Zweck mißbraucht. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Kollegen Eder, schloß die neue Bezirksleiter, Kollege Heimreiter, kurz die

Ursachen und die Zusammenhänge der herrschenden Wirtschaftskrise und verwies anschließend auf die Bestrebungen der freien Gewerkschaften im allgemeinen und der des Steinarbeiterverbandes im besonderen, um durch Arbeitsbeschaffung die so drückende Arbeitslosigkeit zu beheben. Bei der jetzigen Tariflosigkeit im Bayerischen Wald in der Pflastersteinindustrie hat sich leider wieder einmal gezeigt, daß in den Orten, wo die Kollegen verbandsmäßig geworden sind, auch gleichzeitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Tiefstand erreicht haben, der jeder Beschreibung spottet. In der Werksteibranche liegen die Verhältnisse nicht besser. Beängstigt wird diese ganz erbärmliche Lohndrückerei noch durch die Tatsache, daß allorts, wo noch ein bißchen Arbeit vorzufinden ist, kaum 10 Prozent unserer Kollegen beschäftigt werden, und von den übrigen zum Teil schon ausgebeuteten Kollegen sich manche verleiten lassen, dem Unternehmer sich um jeden Preis zur Arbeit anzubieten. Zu dieser traurigen Situation kommt noch die Uneinigkeit der deutschen Arbeitererschaft, die der Redner als das größte Unglück der Arbeiterbewegung bezeichnete. Es sei daher verwerflich, wenn nun auch noch in Hauzenberg versucht wird, die ADO aufzuziehen, und dieses noch dazu von Leuten, die schon mehr als einmal Beweise ihrer Unfähigkeit geliefert haben. Man versprach unseren zum Teil schon recht langjährigen Mitgliedern, daß diesen ihre bisher dem Steinarbeiterverband geleisteten Beiträge auch bei der ADO voll angerechnet werden. Dieses ist ein billiges Versprechen, wenn man weiß, daß die wirklichen Leistungen in allen Unterstützungsfällen bei der ADO gering sind. Als Beispiel aber für die Stärke und Leistungsfähigkeit der vielbetonten Kampfesorganisation der ADO schilderte der Redner dann unter Beweis einen Fall, der sich unlängst in der Nähe Passaus abspielte. Dort inszenierte die ADO einen Streik und zahlte dann an jeden Beteiligten in der ersten Woche eine Streikunterstützung von 8 Mark. In der zweiten Woche erhielt jeder Beteiligte nur mehr 6 Mark, weil mit Hilfe der ausgegebenen Sammellisten nicht mehr aufgebracht werden konnte, trotzdem man sogar auch beim Ortsparier betteln ging, der auch 5 Mark spendierte. Mit Beginn der dritten Streikwoche mußte der Streik abgebrochen werden wegen Mangel an Mitteln, der Kampf war auf der ganzen Linie verloren. Zum Schluß verwies der Redner noch auf die kurz bevorstehenden, von unserem Verbands angestrebten Verhandlungen, die für den Bayerischen Wald wieder geordnete tarifliche Verhältnisse bringen sollen, und ermahnte die Kollegen eindringlich, sich von der ADO nicht irreführen zu lassen, sondern durch Mitarbeit im ZV der Steinarbeiter die Voraussetzungen zu schaffen, die uns zum Wiederaufstieg und zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen führen. — Die anwesenden Kollegen bekundeten durch allgemeine Zustimmung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. In der folgenden Debatte beteiligte sich auch der Vorsitzende des Passauer Gewerkschaftsstellens und bestätigte mit näheren Einzelheiten die Richtigkeit des geschilderten ADO-Streiks. Der 2. Vorsitzende der ADO-Ortsgruppe Hauzenberg gab dann ehrlich zu, daß er auf falsche Wege geraten sei und auch wieder zu unserer großen „Steinarbeiterfamilie“ zurückkehren werde. Der Hülfling der ADO in Hauzenberg hat es vorgezogen, trotz wiederholter Einladung unserer Versammlung fernzubleiben. — Im kurzen Schlußwort appellierte Kollege Heimreiter dann nochmals an die Vernunft jedes einzelnen und forderte die Kollegen zur neuen Mitarbeit im Verbands auf, worauf dann die anregende Versammlung ihren Abschluß fand.

Treuchtlingen. Am 22. Mai tagte hier eine Bezirkskonferenz des Litho- und Juragebietes. Kollege Schorr, der Bezirksleiter, begrüßte die Delegierten und den Gauleiter, Kollegen Herrmann. Die Tagesordnung lautete: 1. Die gegenwärtige Lage im Gebiet. 2. Notmaßnahmen der Zentrale. 3. Verschiedenes. Der Schriftführer, Kollege Lechner, verlas das letzte Protokoll, das ohne Erinnerung angenommen wurde, ebenso die Tagesordnung. Über die Lage im Gebiet berichteten die Delegierten von den Zahlstellen Solnhofen, Langenalthem, Pappenheim, Treuchtlingen, Rögling und Uebermakhofen. An Arbeit fehlt es überall, doch ist die Organisation im Gebiet des Litho gut. Solnhofen hat 145 Gesamtmitglieder, 50 erwerbslos, 20 Kurzarbeiter. Die übrigen sind zur Zeit beim Bahnbau untergebracht. Langenalthem 135 Mitglieder, davon 124 erwerbslos, 11 Kurzarbeiter. Pappenheim 27 Mitglieder, alle machen Wohlfahrtsarbeit. Treuchtlingen 23 Mitglieder, davon arbeiten 9. Rögling 23 Mitglieder, 15 in Arbeit (Straßenbau), 8 erwerbslos. Uebermakhofen 14 Mitglieder, 13 in Arbeit (Straßenbau), 1 erwerbslos. Stark kritisiert wurde Treuchtlingen, ebenso sprach sich Bezirksleiter Schorr über Uebermakhofen aus, daß ihn seine Kollegen bei der Wahl so im Stich gelassen haben. Kollege Herrmann stellte den Delegierten die Lage wegen der Notmaßnahmen vor Augen und ermahnte, trotz alledem fest zur Organisation zu halten; nach vielem Regen folgt sicher wieder Sonnenschein. Ausführliche und rege Debatte über „Verschiedenes“ wurde gepflogen. Die Notlage der Zahlstellen spielte ebenfalls eine Rolle bei der Aussprache, aber jeder Delegierte gelobte Treue bis zum letzten. Die nächste Bezirkskonferenz soll je nach den sich gestaltenden Verhältnissen einberufen werden und in Solnhofen stattfinden.



Rundschau

Der faschistische Musterstaat für Konsumvereine? Die deutschen Nationalsozialisten haben einen starken Zulauf aus Kleinbürgerlichen Kreisen. Der sogenannte Mittelstand ist ein ausgedehntes Rekrutierungsfeld für sie. Das kommt nicht zuletzt daher, daß sie gegen die Konsumvereine eingestellt sind. Demgegenüber erfreuen sich die Konsumvereine in dem faschistischen Musterstaat Italien der staatlichen Unterstützung, wenn der Bericht in Nr. 21 der Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser aus Rom zutrifft. Es wird dort geschildert, daß Großbetriebe im Einzelhandel sich verhältnismäßig schlecht entwickeln. Dagegen würden die Konsumvereine staatlich gefördert. Es heißt dann wörtlich: „Schon jetzt sind die Konsumvereine in allen Städten, für alle Kategorien von staatlichen Angestellten oder Arbeitnehmern vorhanden, die sich vorläufig hauptsächlich auf Lebensmittel beschränken, aber auch schon in die Bekleidungsbranche hinübergreifen. Vorläufig werden sie noch meist in freier Pacht unter Preiskontrolle abgegeben. Sie scheinen aber in ihrer Entwicklung darauf abzuweisen, direkte Unternehmen der einzelnen Syndikate usw. zu werden. Gegen den Widerstand der Kaufleute läßt der Staat den Konsumvereinen seine Unterstützung mit der Begründung zuteil werden, daß sie als die besten Preisregulatoren gegenüber dem Kleinhandel dienen, der sonst nur langsam dem Abbau der Warenpreise zu folgen pflegt.“ — Der letztere Teil des Satzes trifft den Nagel auf den Kopf. Es geht aus dem Bericht nicht deutlich hervor, ob es sich um freie Konsumvereine oder um solche für staatliche Angestellte handelt. Wie dem aber auch sei: die Richtigkeit obiger Meldung vorausgesetzt, würden die Faschisten eine ganz andere Haltung gegenüber den Konsumgenossenschaften einnehmen, als ihre deutschen Brüder.

Weg der Politik aus nationalen Ängsten. In einer Schriftreihe in der „Vossischen Zeitung“ geht Prof. Bonn von der Handelshochschule Berlin den Fehlern der kapitalistischen Wirtschaftsführung energisch zu Leibe. In Nummer 256 beweist er, daß die Politik das Schicksal der modernen Völker geworden ist. Wir lesen dort u. a.: „Man hat Staaten auf der Grundlage eines überhöhten Nationalismus aufgebaut und überall Furcht und Besorgnis erregt, so daß fast in der ganzen Welt industrielle wirtschaftliche Kriegszustände im Gange ist. Daraus ist eine neue Schutzpolitik entstanden. Mit den rationalsten Mitteln moderner industrieller Technik errichtet sie Industrien, die politisch mit Rücksicht auf Kriegsgefahr vernünftig erscheinen mögen, wirtschaftlich aber unvernünftig sind. Es war wirtschaftliche Unvernunft, in allen großen Ländern eine Stoffindustrie mit größten Mitteln aufzubauen, deren Produktionsfähigkeit den Bedarf überschreitet und die den Erfolg zu buchen hat, daß Chile an den Rand des Abgrundes gestoßen worden ist. Der gewaltige Kapitalverbrauch solcher Neuerrichtungen verhindert nicht nur das Abfließen des Zinsfußes, er zerstört gleichzeitig die Rentabilität alter Kapitalien. Es ist wirtschaftliche Unvernunft, wenn Sowjetrußland aus Kriegsgründen seine Produktionsmittelindustrien über alles Maß aufzubreitete, die Konsumindustrien aber und mit ihnen die Bevölkerung verkümmern läßt. Solange Furcht und Leidenschaft die Politik diktieren, kann die Wirtschaft ihre vernünftigen Methoden nur zu Erreichung unvernünftiger Ziele anwenden. Ein Wirtschaftssystem, dessen Politik aus nationalen Ängsten geboren ist, ist nur scheinbar rational. Die Unvernunft am laufenden Band wird nicht Vernunft.“

Der Kern der Wirtschaftspolitik. Im Wirtschaftsbericht Nr. 5 der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt befindet sich folgender Satz: „Zeitgebende, nicht erfolgreiche Anstrengungen, eine Kostenminderung des wirtschaftlichen Apparates zu erreichen, unter gleichzeitiger verbilligender Anpassung der Lagerhaltung an die vorliegende Geschäftseinschränkung, haben noch keine ausreichende Rentabilität zu bringen vermocht, weil sich der Rückgang des Absatzes von der Verbraucherseite her vollzieht.“ In diesem Satz kommt eine wirtschaftliche Wahrheit zum Ausdruck, die geflüstert übersehen wird. Was nützen alle Kostenentungen, was helfen alle Einschränkungen in der Lagerhaltung, wozu alle Anstrengungen, den Warenabsatz zu steigern, wenn nach Durchführung aller dieser Dinge der Verbraucher infolge geschwächter Kaufkraft nicht in der Lage ist, als Käufer in Erscheinung zu treten. Die Gewerkschaften sind angegriffen worden, weil sie die Kaufkraftstärkung als den entscheidenden Wirtschaftsfaktor in den Vordergrund stellten. Und doch ist die Erhaltung einer Wirtschaft und die Überwindung der Krise ohne die Verwirklichung dieser Tatsache unmöglich. Im kapitalistischen System wird viel zu sehr das Gewicht auf die Kostenfrage im Produktionsprozeß gelegt. Die Lohn- oder Gehaltssummen werden als Unkosten im Produktionsprozeß angesehen und treten in den Geschäftsbüchern nur als solche in Erscheinung. Von der Kalkulation aus gesehen, mag dies nicht zu ändern sein. Aber sobald man die Dinge wirtschaftspolitisch betrachtet, kommt man zu der Frage: Welchen Sinn hat alle Wirtschaft, wenn die Produkte keinen Absatz finden und der ganze Aufwand an Arbeitskraft und Kosten in der Produktion unwirtschaftlich ist? Deshalb wird die Wirtschaft nicht eher gefunden, bis der Verbraucher in die Lage versetzt wird, die mit Einfluß der Kostenentung erzeugten Produkte zu erwerben. Da in Deutschland die Bevölkerung auf 60 u. h. aus Arbeitern, Angestellten und Beamten besteht, ist die Massenkaufkraft im Wirtschaftsprozeß das Entscheidende.

Der Grabstein als Urkundsbeweis. Bei einer Gerichtsverhandlung in der griechischen Hafenstadt Saloniki wurde unlängst ein schwerer Grabstein als Urkunde in den Gerichtssaal gebracht. In

Adressenänderungen

1. Gau: **Regierungsbezirk Köslin.** Bezirksleiter: Friedrich Münchow, Köslin (Bommern), Kavelnungerweg 1. — **Präh. Vorj.:** Wilh. Wood, Gr. Papenstr. 52.
4. Gau: **Gera.** Vorj.: Paul Fiedler, Walbstraße 4, IV.
10. Gau: **Wernigerode.** Vorj.: Heinrich Haupt, Langestieg Nr. 48.
11. Gau: **Flensburg.** Vorj.: Rudolf Nicolajsen, Kanzeistr. 13 a.

Briefkasten

Müller C. Wenn der Kapitalismus auf der einen Seite technische Kräfte zu wecken weiß und auf der anderen den Segen des technischen Fortschritts unter der Bevölkerung nicht zu verteilen vermag, dann soll man nicht die Technik bzw. die Industrialisierung für diesen Funktionsfehler der herrschenden Wirtschaftsordnung verantwortlich machen. Unser Bestreben sollte sich deshalb darauf konzentrieren, nicht die Produktion einzuschränken und den technischen Fortschritt zu hemmen, sondern alle Menschen durch erhöhten Verbrauch an den Fortschritten der Technik teilnehmen zu lassen.

Politiker. Damit hast du recht, denn die Regierungstürerei ist zum Teil ein Kampf um die Bodenpreise des agrarischen Ostens. Das Stielungswort soll aufgegeben werden oder wenn es fortgeführt wird, dann soll es nur so gesehen, daß die Großgrundbesitzer einen tüchtigen Baken als Entschädigung erhalten. Daß dadurch eine Siedlungspolitik auf billiger Basis unmöglich gemacht wird, versteht sich am Rande. Den Kreisen, die die Regierung führen, geht es ja auch nicht um die Siedlung, sondern um die Besitzhaltung, oder wenn eine Veräußerung dennoch eingeleitet werden soll, um eine „anständige“ Entschädigung. So läßt sich letzten Endes alles, was in den hohen Regionen der Politik geschieht in ein nüchternes Regenerempel auf. Es ist der Kampf um den Staat, um mit Hilfe der Staatsgewalt die Mittel der Allgemeinheit in die Taschen bestimmter Schichten lenken zu können. Alles andere ist Phrase und Benebelung der Gehirne. — Ueber das andere läßt sich nichts vorher sagen. Aber nur nicht bange. Der Sozialismus triumphiert dennoch.

Bottrop, H. Wird gelegentlich verwendet. Ganz gut empfunden.

Was ist Marxismus?

„Die Wissenschaft, die alle Geschehnisse in der menschlichen Gesellschaft, alle Triebkräfte der menschlichen Geschichte und alle Möglichkeiten der Umwandlung der bestehenden Ordnung ergründen will, um den Ausgebeuteten die Befreiung ihrer Arbeit, den Hungernden das Brot und den Leidenden das Glück zu schaffen, das ist Marxismus...“

Diese ausgezeichnete Formulierung des Begriffs Marxismus findet sich in der neuen, leserwunden Broschüre: „Was ist Marxismus?“ Die kleine Schrift ist in der Volksbuchhandlung erhältlich. Sie kostet nur 10 Pf.

einem Erbprozeß war nämlich der Kläger von dem Gericht aufgefördert worden, den urkundlichen Beweis für den Tod einer bestimmten Person beizubringen. Es galt, den genauen Zeitpunkt des Hinscheidens auszumitteln. Jedoch stand hierbei als Hindernis im Wege, daß das Sterberegister bei einem großen Brande bereits im Jahre 1917 vernichtet war. Da erwies sich als sehr günstige Lösung, daß auf dem Grabstein alle benötigten Daten genau verzeichnet waren. Gleichwohl es sich solchergestalt um eine wirklich nicht alltägliche Form einer Urkunde handelte, ließ das Gericht dennoch den Stein volle Beweisgültigkeit in bezug auf den Inhalt seiner Inschrift zuteil werden. Bloß war man im ersten Augenblick sich noch nicht im klaren, wie man diese Urkunde den Gerichtsakten beifügen könnte. Das Gericht wurde sich aber dahin schlüssig, ein beglaubigtes Lichtbild zu den Akten zu nehmen, die ja sonst doch zu gewichtig geworden wären.

Für Angriff und Abwehr

Arbeitsdienstpflicht als Kadettenschule

Dr. Goebels forderte am 18. April 1932 in einer Naziversammlung in Berlin-Wilmersdorf: „Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die sich den alten preussischen Kadettenanstalten und dem alten preussischen Kadettenhof anpaßt.“ Viel Vergnügen!

Staat, sich dir deine Beamten an!

Beim zweiten Reichspräsidentenwahlkampf wurde von der NSDAP Ostpreußen ein eigenes Beamtenflugblatt verbreitet, das in kurzen Worten zur Wahl Hitlers aufforderte. Das wäre an sich

Beim Blattschluß wird bekannt, daß die Neuwahl des per Distanzaufgelösten Reichstages tatsächlich schon Mitte Juli stattfindet. Also, Kollegen, rüdet zum Kampf gegen unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner!

nichts Besonderes. Aber: dieses Flugblatt ist von nicht weniger als 498 ostpreussischen Beamten mit vollem Namen und mit Angabe der Dienststelle usw. unterzeichnet worden. Es handelt sich dabei zumeist um Reichspost- und Reichsbahnbeamte, sowie um Beamte der Reichsfinanzverwaltung. Letztere sind in besonders großer Zahl vertreten, vor allem die Zollbeamten. Es wird höchste Zeit, daß die verantwortlichen Reichsbehörden entsprechend dem Vorgehen verschiedener Länder die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft bei der NSDAP und einer staatlichen Beamteneinstellung erkennen.

Das ist ihr Sozialismus

Die „Braunschweigische Tageszeitung“ berichtet in Nr. 86 vom 13. April 1932 über einen Vortrag, den der nationalsozialistische Landtagskandidat Dr. Haupt hielt. Das Thema lautete: „Was verstehen wir unter Sozialismus?“ Hitler beantwortete die Frage folgendermaßen:

„Der Nationalsozialismus strebt nach Wiederherstellung des Privateigentums für diejenigen, denen die kapitalistische und marxistische Entwicklung das Privateigentum gestohlen haben.“

So, jetzt wissen wir's!

Nachstehend noch einige Geistesblüten des Herrn:

„Auch die Frage nach Weltwirtschaft muß verneint werden. Die Ausfuhr wird zum Bankrott und gänzlichen Ausverkauf Deutschlands führen. Unsere Forderung ist die Auflösung der Konsumvereine.“

So reden sie von Arbeitern!

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Schumann, einer der Führer der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, hat im Verlag von Paul Arendt unter dem Titel: „Wir zerbrechen den Marxismus“ eine Broschüre herausgegeben, in dem es auf Seite 13 u. a. heißt:

„Der deutsche Arbeiter verbittet es sich, als Proletarier, d. h. als auf der niedrigsten Stufe der Menschheit stehend, bezeichnet zu werden.“

Wir wollen uns mit Herrn Schumann nicht über Fremdwörter unterhalten. Denn das ist Glücksfische. Wie er zu dieser Uebersehung und Auslegung des Begriffs Proletarier kommt, hat ja auch damit kaum mehr etwas zu tun, sondern wurzelt ganz in der Vorstellungswelt mildgewordener Kleinbürger, für die eben jeder nicht Besitzende auf der „niedrigsten Stufe der Menschheit“ steht. Die Wirtschaftsordnung, die Millionen auf dieser Stufe festhält, aber will der Nationalsozialismus erhalten.

Das ist der Faschismus!

„Nach der Machtergreifung durch den italienischen Faschismus wurden zu allererst die Löhne der Arbeitnehmer um 20 Prozent herabgesetzt, und heute sind die Arbeiter Italiens, wie die offizielle Statistik der internationalen Arbeitsämter beweist, die am schlechtesten bezahlten in ganz Europa; ihr durchschnittlicher Stundenlohn beträgt 44 bis 45 Pfennig, also kaum die Hälfte dessen, was der an sich schon schlecht bezahlte deutsche Arbeiter verdient. Dennoch wurden diese niedrigen Löhne im Dezember 1930 abermals um 10 bis 12 Prozent reduziert!“

(Aus der Broschüre: „Diktatur“)

So wollen es die Hakenkreuzler auch für Deutschland haben!

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Berjammlungen:

- Sonnabend, 11. Juni.
In **Reichenbach** (Culengeb.) um 19 Uhr bei Becker.
- Sonntag, 12. Juni.
In **Stettin** (Steinseher und Berufsgenossen) um 9.30 Uhr im bekannten Lokal.
- Sonntag, 19. Juni.
In **Nieder-Fraust** (Zahlstelle Weiswasser) um 9 Uhr bei W. Vater.

Gesperri:

- In **Weißfels** die Steinseherfirmen Otto Reinhardt sen. und Otto Reinhardt jun.
- In **Landsberg a. M.** die Betriebe der Steinsehermeister Otto Hocke, Kladowstraße 98 und Hermann Beland, Lorenzdorfer Straße 15, (die Zahlstellen sind: Straßenbau Großer Damm, Lipke). Dort Streik!
- In **Brandenburg a. d. Havel** die Betriebe der Steinsehermeister Otto Voigt, Otto Mahler, Bernhard Wesenburg.
- In **Friedland (Mecklg.)** das Straßenbauunternehmen Firma Burmeister.
- In **Stade** haben die Firmen der Marmor- und Grabmalakunst H. Meyer (Inhaber G. u. E. Meyer) und H. Bätje u. Sohn unsere Kollegen wegen Lohnunterschieden ausgesperrt. Zugang muß unterbleiben.

Wir warnen alle Kollegen bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Basel. Vor einigen Wochen wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Sektionslokal der Steinhauer in Basel sich im „Schnabel“ befindet. Das gilt natürlich auch für die deutschen Kollegen, die hier Arbeit gefunden haben und die Wert darauf legen, als gewerkschaftlich organisierte Kollegen zu gelten im Sinne des Zentralverbandes in Deutschland. Anmeldungen zum Schweizer Verband können auch bei Linner, Froburgstr. 31 in Basel, vollzogen werden. Das frühere Lokal „Blätor“ ist nur noch für die Organisationspalter der KP da. Unsere Kollegen mögen das Vorstehende beachten.

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung findet am 15. Juni — Mittwoch — von 10 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr statt.

Cughaven. Der Steinseher, Kollege Walter Kuchelmann, reiste von hier ab, ohne seine Beitragsreste und sonstiges zu regulieren, wahrscheinlich wird er in anderen Orten versuchen, beitragsfreie Marken zu kleben. Darum Obacht!

Niederösterreich (Wohlfahrtseinrichtung des Steinsehergewerbes). Die Adresse des Obmanns der Soz. Wohlfahrtseinrichtung ist: Hermann Littmann, Breslau 17, Lomnitzstr. 8. Die Angelegenheiten der Soz. Wohlfahrtseinrichtung werden vom genannten Kollegen erledigt.

Berlone Mitgliedsausweise: In Großenritte das Verbandsbuch Nr. 49 848 für Georg Schönewald, Steinbrecher.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Der Bucherpreis“, Vierteljahrszeitschrift. 8. Jahrgang 1932, 3. Vierteljahrsheft. Illustriert. Verlag: „Der Bucherpreis“ G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 0,50 Mark (inkl. Post, 1 Mark, 10 Pf., 10 Pf.).

Mit dem vorliegenden Heft dürfte eigentlich der 8. Jahrgang der Zeitschrift „Der Bucherpreis“ schließen, denn im Herbst 1924 wurde die gleichnamige sozialistische Buchgemeinschaft ins Leben gerufen. Diese verließen acht Jahre des Bestehens waren zugleich Jahre schwerer Erklärungen für die deutsche Gesamtwirtschaft. Nun — der Bucherpreis hat alle Stürme überstanden und der tätigen Mitarbeit von vielen hundert Helfern und Freunden in allen Teilen des Reiches und des deutschsprachigen Auslandes ist es zu danken, wenn der Bucherpreis sich heute allseitige Achtung erlangen hat, auch bei der großen und literarischen Presse.

Es ist nur recht und billig, wenn im neuen Bucherpreisheft die Redaktion anläßlich des achtjährigen Bestehens in einem längeren Aufsatz die Grundzüge ihrer systematisch aufgebauten, kulturpolitisch wertvollen Verlagsarbeit an Hand der bisher erschienenen Bucherpreiswerte darlegt. Daran schließen sich amanglos und in direkter Fortführung des im Aufsatz Begleitigen einige Abschnitte aus Bucherpreisbänden. Ferner werden die Neuerscheinungen bekanntgegeben. Das bisher Aufgebauete soll nach allen Richtungen hin ausgebaut werden. Zu den alten Gefellen soll mit jedem neuen Buch neue Freunde des Bucherpreises. Das ist der schönste Lohn! Seit dem 1. Januar beträgt der Monatsbeitrag im Bucherpreis als Mitglied nur noch neunzig Pfennig!

Das Juni-Heft der Monatszeitschrift „Die Buchergilde“ enthält wieder interessante Beiträge und Abbildungen. Eine Erzählung von Kurt Bising und eine kleine Skizze des nordischen Dichters Alexanderen passen sich ihrem sommerlichen Charakter ganz der Jahreszeit an. Das Monatsorgan der Buchergilde Gutenberg geht den Mitgliedern dieser Gemeinschaft werktätiger Buchseher, die sich auch in der gegenwärtigen Zeit durch immer größere Leistungsfähigkeit auszeichnen, kostenfrei zu.

Marx, „Das Kapital“. Das wichtigste Buch-Werk der modernen Arbeiterbewegung wird als Organisationsausgabe von der Verlagsgesellschaft des DGB in einer wohlfeilen gut ausgestatteten ungekürzten Ausgabe vertrieben. Der erste Band „Der Produktionsprozeß des Kapitals“ liegt vor. (Preis 2,50 Mark.) Er umfaßt 708 Seiten und ist mit einer längeren Einleitung von Karl Korsch versehen, die eine wertvolle Anleitung zum Studium des Buches gibt. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß dieses Werk, welches die theoretischen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung enthält, jetzt endlich zu einem Preise zu haben ist, der auch dem Unbemittelten die Anschaffung ermöglicht. Wir können nur dringend empfehlen, von dieser günstigen Gelegenheit recht ausgiebig Gebrauch zu machen.

Anzeigen

Berlin: Steinsetzer und Berufsgenossen

Versammlung am 14. Juni um 18 Uhr in den Brunnen-sälen, Brunnenstraße 15. Tagesordnung wichtig. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Geforben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Königshain (OL). Am 14. Mai der Hilfsarbeiter Paul Martin, 49 Jahre alt, 3 Tage Wundstarrkrampf.

Kleinrinderfeld (Bezirk Würzburg). Am 15. Mai der Steinmetz Johann Schwarz, 62 Jahre alt, 6 Monate krank, Gallenleiden.

Naumburg a. d. Saale. Am 20. Mai der Steinsetzer Kurt Schurzfeld, 32 Jahre alt, 7½ Monate krank, Magenkrebs.

Oderndorf. Am 22. Mai der Steinsetzer Gustav Müller, 36 Jahre alt, Freitod.

Berlin. Am 26. Mai der Steinsetzer Karl Brandt, 58 Jahre alt, 2½ Jahre lungenkrank.

Mainz. Am 27. Mai der Steinsetzer Heinrich Becker, 70 Jahre alt, 10 Monate krank, Magenkrebs.

Alsleben. Am 28. Mai der Hilfsarbeiter Karl Rose, 60 Jahre alt, Herzleiden.

Häslicht (Schlesien). Am 1. Juni der Brecher Oswald Willenberg, 50 Jahre alt, Schlaganfall.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Stebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist Arbeit ohne Recht!

In den Arbeitsbeschaffungsplänen, die seit bald zwei Jahren in der öffentlichen Diskussion auftauchen, ohne bisher für die Arbeitslosen ein Resultat zu bringen, hat eigentlich nur der freiwillige Arbeitsdienst eine gewisse Bedeutung erlangt...

Der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Kollege Bernhard, hat im „Grundstein“ Nr. 22 diese Gefahren in scharfer, aber sachlicher Beweisführung aufgezeigt; seine Stellung deckt sich auch mit der unsrigen, weshalb wir den Aufsatz zum Abdruck bringen...

Die große Not unserer Zeit veranlaßt die Menschen zu allerhand Trauen Vor schlägen und Handlungen. Das Gefühl verdrängt den Verstand. So ist es auch beim Arbeitsdienst, bei dieser durch fürchtbarste leibliche und seelische Not dem einzelnen aufgezwungenen „Freiwilligkeit“ der Dienstleistung für andere...

Einige Monate später, in der Dritten Notverordnung vom 6. Oktober 1931, wurde der Kreis weitergezogen. Im Kapitel II über landwirtschaftliche Siedlung, vorstädtische Kleinsiedlung, Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, heißt es im § 4:

„Die Arbeiten zur Aufschließung des Geländes und zur Errichtung der notwendigen Baulichkeiten sind gemeinnützig und zusätzlich im Sinne des § 139a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.“

Seitdem sind mehr als 2100 Arbeiten der verschiedensten Art, allermeist Bodenbewegungsarbeiten, von fast 60 000 „Freiwilligen“, das sind knapp 1 Prozent der Arbeitslosen, ausgeführt. Nicht nur öffentliche Körperschaften, sondern auch christliche und politische Vereinigungen, Sportorganisationen, Jugendverbände, sogar das Reichsbanner sind Träger der Arbeit.

Schon spricht der Herr Reichsminister Treviranus von einem „Siegesszug dieser behelfsmäßigen Versuche“. Die Zulassungsbedingungen müßten erweitert werden, um „dem Zukunftsgerade aus Akademikerkreisen“ mehr Rechnung zu tragen. Die vielen Hunderttausende seit Herbst 1929 arbeitslosen Bauarbeiter aber, die ihr Handwerk erlernt, es seit Jahren oder Jahrzehnten betrieben haben, bleiben weiter auf der Straße...

Sie sehen nicht, was vorgeht, sie begreifen nicht den Grund dieses militärisch-nationalistischen Spiels mit dem Ziel des einjährigen Arbeitsvolontärs.

Herr Treviranus bekennt sich dazu ganz offen in der „Vossischen Zeitung“ vom 15. Mai. Er will den Begriff der Zufälligkeit bei allen Aufgaben sehen, „die für absehbare Zeit mangels anderer öffentlicher Mittel trotz anerkannter Dringlichkeit nicht zur Ausführung kommen können“.

und schließlich kann mit Lohnsenkung für Arbeit im ordentlichen Arbeitsverhältnis so weit nachgeholfen werden, daß der Unterschied nicht mehr sehr gewichtig ist.

Herr Treviranus schreibt: „Eine große Sorge war ja bisher die Beschränkung in der Auslegung der „Zufälligkeit“ und „Gemein-

nützigkeit“ der für den Arbeitsdienst in Frage kommenden Aufgaben. Ich habe nie die Gefahr eines Mißbrauchs gesehen, wenn man die Bodenkulturen, von der Siedlung angefangen über die vernünftige Regelung der Wasserwirtschaft bis zu Wegebauten, als den gegebenen Arbeitsraum ansieht.“

Wir fragen den Herrn Reichsarbeitsminister als den für die Arbeitsmarktpolitik in erster Linie verantwortlichen Minister:

Was geht im Schoße der Reichsregierung vor, welcher neue Anschlag ist gegen die Bauarbeiter beabsichtigt? Soll den Bauarbeitern jede Verdienstmöglichkeit genommen werden? Kann es die deutsche Wirtschaft heute ertragen, daß mit Sach- und Menschengut Schindluder getrieben wird?

Beim freiwilligen Arbeitsdienst als einer mehr spielerischen Tätigkeit können die Gesetze der Wirtschaftlichkeit keine Beachtung finden. Von einer pfleglichen Behandlung der Stoffe und Geräte kann beim Handeln durch Nichtfacharbeiter keine Rede sein. Gefühlsmäßig aufgelegene Experimente führen immer zur Unwirtschaftlichkeit, zur Fehlleitung von Kapital und falscher Verwendung menschlicher Arbeitskräfte.

Wirtschaftlichkeit sei Nebensache, Hauptsache bleibe das ethische und erzieherische Moment.

Wir geben zu: Die jahrelange Arbeitslosigkeit, diese nervenzerrüttende Untätigkeit hat eine für den einzelnen, für das Familienleben, die Gesellschaft und den Staat unerträgliche Stimmung geschaffen. In das dumpfe Dahinbrüten kommt kaum noch ein Hoffnungsstrahl. Die Regierenden sehen tatenlos zu, wie ein Stück Wert nach dem anderen verdirbt, wie die motorischen Kräfte, das Baumaterial und die Geräte der Bauwirtschaft sowie ihre menschlichen Arbeitskräfte verkommen.

Aber ist die Lage der Älteren, der Verheirateten nicht noch schlimmer? Sie sind die Sorgenden um die Existenz der ganzen Familie, in den meisten Fällen auch für die jugendlichen Arbeitslosen. Kann man dem Jungen Arbeit geben und den Vater als Zuschauer dabeistellen? Wollen die Vaterworter des Arbeitsdienstes etwa das Wort umkehren, daß ein Vater wohl zwölf Kinder ernähren kann, aber sehr selten zwölf Kinder den Vater? Es wird immer so bleiben und es ist auch heute so, trotz der sonst erfreulichen Selbstständigkeit der Jugend: Hat der Vater Arbeit, dann hat auch zumeist der jugendliche Sohn seinen, wenn auch knappen Lebensunterhalt.



Kollegen! Lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Was uns besonders stutzig machen muß, ist auch die Tatsache, daß einflußreiche nationalistische Kreise im „Freiwilligen“ die Fortpflanzung militärisch aufgezogener Pflichten sehen, und jene am lautesten rufen, die von unseren Arbeiten am wenigsten, oft gar nichts verstehen und sonderbarerweise selbst in feister Stellung sind!

Den Arbeitslosen Selbsthilfe predigen ist bequem und billig. Und glückt die Sache, dann ist man seiner sozialen und staatspolitischen Verpflichtung zur Beschaffung von Arbeit entbunden. Wir erkennen an: Bei allem, was an Neuem auftaucht, sofort dabei sein, jede Mode mitmachen, mit den Wölfen laufen und heulen — das ist leicht, als sich wehren! Bedenken haben ja nur die „Rückständigen“, die „geistig Unbeweglichen“, die „Radikalinstis“.

Den Gewerkschaften unter den Befürwortern des Arbeitsdienstes möchte ich noch mit zwei rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten die Gewissen schärfen. Hoffentlich ist ihre staatspolitische Einstellung nicht schon so stark verwurzelt, daß das Eigene nicht mehr gesehen und daher unsere Warnung nicht den wünschenswerten Resonanzboden findet.

Den vom Arbeitsdienst ausgehenden Lohndruck werden zunächst die Bauarbeiter bei Ausführung gleichartiger und ähnlicher Arbeiten zu verspüren bekommen. Obwohl unsere Löhne in den letzten Wochen einen ungeheuerlichen Abbau erfahren haben — nebenbei gesagt: Das Bauen ist jetzt dadurch und unter Berufschäftigung der äußerst scharfen Konkurrenz der Bauunternehmungen untereinander so billig geworden wie keine andere Arbeit —, so wird der Arbeitsdienst immer wieder erneut Anlaß geben zu weiterem Abbau der Löhne im ordentlichen Arbeitsverhältnis, damit der Unterschied sich immer mehr verringert. Wo ist die Grenze des Unverständes? Nachdem jetzt völlig ungerechterweise unsere Löhne unter die anderer Berufe gesenkt sind, wird man bald eine Relation zur „geldlosen Hilfswirtschaft“ zu errechnen beginnen.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist aber Arbeit ohne Recht, denn der § 139a ABWG, bestimmt in Ziffer 4: Die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst begründet kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts.“

Die gewerkschaftliche Arbeit hat hohe moralische, ethische Kraft. Ist Arbeit ohne Recht ethisch? Kann Arbeit ohne Recht eine gesunde Arbeitsordnung sein? Das ethische und pädagogische Moment wird von den Befürwortern des „Freiwilligen“ stark in den Vordergrund gerückt. Können es Gewerkschafter — ganz gleich, welcher weltanschaulichen Richtung — für möglich halten, daß die Arbeitsdienst leistenden Jugendlichen aus den unterschiedlichsten Berufen und politischen Kreisen sowie der verschiedensten gesellschaftlichen Herkunft während einiger Monate gesinnungsmäßig eine Wandlung erfahren? Manche Träumer sprechen sogar von „Zellen einer werdenden wahren Volksgemeinschaft“, von einem „Brückenbau zu brüderlichem Verstehen“.

Es war für uns Gewerkschafter wahrhaftig keine leichte Aufgabe, den Massen der Mitglieder gewerkschaftlichen Sinn und gewerkschaftlich-sozialistisches Handeln anzuerziehen. Trotz einer in drei Generationen geleisteten mühevollen Arbeit gab und gibt es noch Millionen, die einmal die Anrigen waren, dann wieder gingen, dann und wann wieder zu uns kamen und wieder gingen —, die immer noch unzerzogen sind! Der Baugewerksbund hat allein seit dem Kriege einen Zugang von 2 1/2 Millionen Mitgliedern gehabt. Wer im Arbeitsdienst die Voraussetzung besserer Resultate sehen will, lebt in Illusionen, die falsche Hoffnungen wecken. Die Gewerkschaften werden damit nicht gefördert, sondern geschädigt. Die von der Arbeit Unverantwortlicher zurückgelassenen Trümmer haben wir zu beseitigen. Was bleibt dann noch übrig von der erhofften Ethik? Keinst, beste Ethik ist gewerkschaftliches Wirken, ist die soziale und damit sittliche Hebung des einzelnen und der Masse. Diese erzieherische Arbeit kann nur gestützt und gefördert werden mit Arbeit, die befriedigt, die den Jungen wie den Alten Lebensinhalt gibt! Nur damit kann die heute gegen die Gesellschaft und den republikanischen Staat geführte Haltung ins Gegenteil verwandelt werden! Alle Welt kennt den Hebel zum Motor der Wirtschaft: Ausführung von volkswirtschaftlich nützlichen Bauwerken. Zum tausendsten Male: Beschafft Arbeit, aber Arbeit, die dem schaffenden Menschen Recht und Lebensmöglichkeit gewährt!

Auch der ehrlichste Mensch, wenn er alle seine Handlungen und Gedanken nach den Gesetzen genau untersucht, wird finden, daß er in seinem Leben wenigstens zehnmal den Galgen verdient hat.

Arbeitsrechts- und andere Rechtsfragen

Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft. Karl Marx

Alles Recht in der Welt ist erstritten worden, jeder wichtige Rechtsfall hat erst denen, die sich ihm widersetzen, abgerungen werden müssen, und jedes Recht, sowohl das Recht eines Volkes wie das eines einzelnen, steht die stetige Bereitschaft zu seiner Behauptung voraus.

Allerlei Rechtsfragen im Eisenbahnabteil

Endlich sind die Ferien da! Die Koffer sind gepackt! Grauls stehen auf dem Bahnsteig, erwartungsvoll der Ankunft des Zuges entgegenblickend, der sie für einige Zeit hinausbringen soll in die schöne Natur. Der Andrang der Mitreisenden ist groß. Vater Graul möchte aber für die lange Fahrt gute Plätze haben, besonders einen Eckplatz für Mutterchen. Er hat mit strategischem Blick seine Weisungen gegeben, wie und wo seine Frau einsteigen soll, und er selbst hat sich einen besonderen „Man“ ausgedacht. Kaum hält der Zug, so eilt er die Fensterreihe des vor ihm stehenden Wagens entlang, greift durch das offenstehende Fenster eines Abteils hindurch und hängt Mutterchens Schirm an dem Gepäcknetz über dem zum Glück noch freien Eckplatz auf. Auch der gegenüber befindliche Fensterplatz ist noch frei. Schnell wirft Vater Graul seine Reisemütze auf den Sitz. Dann eilt er in den Wagen, nachdem er noch gesehen hat, daß die Reisenden — unter ihnen auch seine Frau — in das Abteil gestürzt sind. Glücklicherweise ist er kurz vor der Abfahrt den Wagen, glücklich ist er angelehnt der Ueberfüllung aller Abteile, da er wenigstens zwei so schöne Sitzplätze für sich belegt hat. Aber welche Ueberraschung! Als er in „sein“ Abteil kommt, sitzen auf den von ihm belegten Plätzen fremde Menschen, während seine Frau stehen muß. Es folgt eine entrüstete Auseinandersetzung über rechtmäßiges und unrechtmäßiges Belegen von Plätzen mit dem Ergebnis, daß die bitter erzürnten Parteien die Entscheidung des Schaffners anrufen, der aber Vater Graul unrecht gibt. Dieser will damit nicht zufrieden sein, fann aber, da der Zug inzwischen schon abgefahren ist, den zunächst zuständigen Aufsichtsbeamten nicht mehr fragen und holt deshalb den Zugführer herbei, der während der Fahrt über Meinungsverschiedenheiten zwischen Reisenden und Bediensteten entscheidet. Der Zugführer prüft den Fall, erklärt dann aber, daß der eine Platz nicht ordnungsmäßig belegt sei, da der Sitzplatz selbst belegt sein müsse, das Aufhängen des Schirmes am Gepäcknetz genüge nicht. Der andere Platz sei durch die Reisemütze richtig belegt und müsse für Herrn Graul geräumt werden. Aber der Platzinhaber will nicht weichen; er sagt, er habe gesehen, daß Graul von außen seine Mütze auf den Platz gelegt und sich so einen unzulässigen Vorprung vor den übrigen Reisenden verschafft habe. Das sei nicht erlaubt und deshalb sei auch dieser Platz nicht ordnungsmäßig belegt. Dem stimmt der Zugführer bei und Grauls müssen auf die schönen Eckplätze verzichten.

Aber stehen wollen sie doch nicht! Deshalb erlucht Herr Graul den Schaffner, ihm in II. Klasse Plätze anzuweisen, da „alles überfüllt“ sei. Der Schaffner geht die Abteile durch, fann aber sowohl für Herrn Graul als auch für seine Frau noch Plätze in III. Klasse freimachen. Zwar müssen sie eng sitzen, aber die erzürnten Beschwerden des Herrn Graul haben keinen Erfolg, denn der Schaffner ist erst verpflichtet, einen Platz in einer höheren Klasse anzuweisen, wenn in der dem Jahrausweis des Reisenden entsprechenden Klasse kein Sitzplatz mehr frei ist.

Herr Graul ist nun in ein Abteil für Nichtraucher gekommen, hat aber das dringende Bedürfnis, seinen Keger durch einen „Zug aus der Zigarre“ zu befähigen. Frau Graul, die schon um das Gelingen der ganzen Ferienreise fürchtet, bittet deshalb die Mitreisenden um ihr Einverständnis, daß sich ihr Mann „nur eben mal“ eine Zigarre anzünde. Die Mitreisenden machen zwar keine Schwierigkeiten, wohl aber der Schaffner, der — durch Grauls dicke Rauchwolken aufmerksam geworden — das Rauchen streng untersagt, da in Nichtraucherabteilen auch mit Zustimmung der Mitreisenden nicht geraucht werden darf.

Während geht Herr Graul auf den Gang und entdeckt dort, daß nebenan ein Frauenabteil auf der selben Station fast frei wird. Seine Frau fann dort einen schönen Fensterplatz finden, und auch für ihn wäre dort wohl auch noch ein Platz frei. Die übrigen Insassen des Frauenabteils haben auch nichts dagegen, daß er hereinkommt. Aber darf er? Lieber will er doch vorher den Schaffner fragen. Dieser sagt, daß Männer im Frauenabteil an sich nicht Platz nehmen dürfen — auch nicht mit Zustimmung der darin fahrenden Frauen —, daß der Schaffner jedoch berechtigt ist, bei Ueberfüllung der anderen Abteile auch Männern im Frauenabteil einen Platz anzuweisen. So kommen Grauls endlich doch noch zu günstiger Sitzgelegenheit und können trotz anfänglicher Schwierigkeiten mit gutem Mut ihre Reise ausführen.

Kontkurs oder Bankrott?

(Zwei Wörter, nicht zwei Worte)

Beide Ausdrücke werden im Sprachgebrauch häufig als gleichbedeutend nebeneinander benutzt, es läßt jedoch schon die Ursprungsgeschichte der Wörter: Kontkurs und Bankrott erkennen, daß zwischen beiden ein Unterschied ist. Ein Schuldner empfindet diesen, oft unbewußt, er wird niemals sagen, er habe Bankrott gemacht, für ihn gibt es kaum einen anderen Ausdruck als den, er habe Kontkurs anmelden müssen.

Unter Kontkurs versteht man das Zusammentreffen mehrerer Gläubiger (lateinisch: Concursus creditorum) ein und demselben Schuldner gegenüber, dessen Vermögen zur vollständigen Befriedigung aller Gläubiger nicht ausreicht. Das Gesetz schützt diese davon, daß ihre Ansprüche durch das Vorgehen oder die Begünstigung einzelner Gläubiger gefährdet werden, oder daß der Schuldner die Reste des Vermögens verschleudert und möglicherweise neue Schulden macht. Mit der Eröffnung des Kontkursverfahrens verliert der Schuldner das Recht, über sein zur Kontkursmasse gehöriges Vermögen zu verfügen und es zu verwalten. Diese Rechte gehen auf den vom Gericht ernannten Kontkursverwalter über.

Zu Zeiten höchster wirtschaftlicher Not, wie den gegenwärtigen, schwebt selbst der gewissenhafteste Kaufmann ständig in Gefahr, in den Strudel der geschäftlichen Zusammenbrüche hineingezogen zu werden. Hierin liegt nichts Entsetzliches, und wenn der Schuldner rechtzeitig die Eröffnung des Kontkurses über sein Vermögen beantragt, so tut er diesen Schritt nicht zuletzt im Interesse der Gläubiger selbst.

Was ist nun ein Bankrott? Unter Bankrott versteht man eine banca rotta, eine zerschlagene Bank, nämlich den zur Schande des unehrlichen Geldwechslers auf öffentlichem Marktplatz zerschlagenen Wechselstisch. So war es in Italien, aus dem wir den Ausdruck übernommen haben, z. B. des 12. Jahrhunderts. Damals betrieb Goldschmiede in dem Lande mit dem ewig blauen Himmel und dem vielen falschen Geld ein Gewerbe daraus, Münzen auf ihre Echtheit zu prüfen, Geld auszufleihen und in Verwahr zu nehmen. Mißbrauch des Vertrauens und Unehrlichkeit wurden schwer bestraft, zum äußeren Zeichen der Entziehung des Gewerbes wurde die Bank zerschlagen.

Der Bankrott (die Kontkursordnung nennt ihn Bankerutt) ist also ein unehrlicher, strafbarer Kontkurs.

Das Gesetz spricht von einem einfachen Bankrott, wenn der Schuldner durch Aufwand, Spiel oder Wette oder Differenzhandel übermäßige Summen verbraucht hat. Als Aufwand können auch unverhältnismäßig große Ausgaben angesehen werden, die im geschäftlichen Interesse gemacht sind. Bei der Beurteilung der Frage, ob übermäßiger Aufwand getrieben wurde, ist das Maß des Notwendigen und Ueblichen nach den Lebensverhältnissen und der sozialen Stellung des Schuldners zu beurteilen. Einfacher Bankrott liegt ferner vor, wenn der Schuldner in der Absicht, die Eröffnung des Kontkursverfahrens hinauszuschieben, Waren auf Kredit gekauft und diese erheblich unter Wert weggegeben hat, oder wenn er Bilanzen und Bücher so unordentlich geführt hat, daß niemand

daraus schlau werden kann. Der einfache Bankrott wird mit Gefängnis bestraft, nur beim Vorhandensein mildernder Umstände kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Bei richtiger Bankrott liegt vor, wenn der Schuldner in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensstücke verheimlicht oder beiseite schafft, erdichtete Schulden angibt oder Handelsbücher fälscht, verheimlicht oder vernichtet. Der betrügerische Bankrott wird zwar nicht, wie es noch im 18. Jahrhundert in Frankreich geschah, mit dem Tode bestraft; nach unserem Recht wandert der unehrliche Kaufmann in das Zuchthaus, mindestens aber, falls mildere Umstände vorhanden sind, drei Monate in das Gefängnis.

Die Lage der Krankenversicherung

Immer mehr zieht die anhaltende Wirtschaftskrise auch die Träger unserer sozialen Versicherungseinrichtungen in Mitleidenschaft. Verringerten Einnahmen auf der einen Seite, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau, stehen Ausgaben gegenüber, die bei weitem nicht in gleichem Maße gesunken sind. So ist beispielsweise auf die katastrophale Lage der Invalidenversicherung schon genügend hingewiesen worden. Dieser Versicherungszweig steht direkt vor dem Zusammenbruch, wenn nicht bald durchgreifende Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden (derartige „Reform-Vorschläge“, natürlich wiederum auf Kosten der Versicherten, sind soeben durch die Tagespresse gegangen).

Interessant für sämtliche Versicherte ist nun die Frage, ob und wie sich der wichtigste Versicherungszweig, die Krankenversicherung, in dieser Zeit behauptet. Diese Frage ist um so berechtigter, als durch die Krankenversicherung nicht weniger als rund zwei Drittel unserer gesamten Bevölkerung betreut werden. Hierzu kommen noch Hunderttausende, die als Metzger, Apotheker, Massiere und als sonstige Vertragskontrahenten auf Geheiß und Verberben mit der Krankenversicherung verbunden sind. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die Krankenkassen noch nie so schwere Zeiten durchzumachen gehabt haben, wie augenblicklich. Von Regierungsseite ist versucht worden, hier helfend einzugreifen. Als gewaltsamster Einschnitt kann man den durch die Notverordnung vom Dezember 1931 geschaffenen Leistungsabbau betrachten. Hierdurch sind generell bei allen Krankenkassen die Leistungen auf die sogenannten Regelleistungen herabgesetzt worden. Die Wiedereinführung von Mehrleistungen ist so erschwert worden, daß sie praktisch unmöglich gemacht worden ist. Gleichzeitig hat diese Notverordnung Bestimmungen gebracht, durch welche die Beitragssätze bei den Krankenkassen herabgesetzt werden sollen. Diese Maßnahmen haben nicht nur die gesamte Krankenversicherung um Jahrzehnte zurückgeworfen, sie haben darüber hinaus das Selbstverwaltungsgeschäft der Krankenkassen arg eingeschränkt, ja, fast überhaupt illusorisch gemacht. In der klaren Erkenntnis der Tatsache, daß die Kosten für ärztliche Behandlung von Jahr zu Jahr gestiegen sind und in letzter Zeit direkt phantastische Zahlen erreicht haben, hat man auch hier Wandel zu schaffen versucht. Die Regelung der gesamten ärztlichen Versorgung der Rassenmitglieder und damit auch die Honorierung der Rassenärzte ist auf Druck und Veranlassung der Regierung hin auf eine andere Grundlage gestellt worden. Die Rassen erhofften durch diese Neuordnung nicht geringe Ersparnisse. Jetzt, nachdem das neue System seit einigen Monaten besteht, sieht man, daß dies nicht der Fall ist. Die Arztkosten sind gegenüber den letzten Jahren überhaupt nicht oder doch nur zu einem ganz geringen Teil gesunken. Erwähnt sei, daß die Kosten für Krankenhauspflege ganz erheblich gestiegen sind und auch noch weiter in die Höhe klettern. Alle Versuche, auch hier einen Regel vorzuschreiben und weiteres Ansteigen zu verhindern, sind bislang gescheitert. Es kann nicht zeitig und deutlich genug auf diese gefährliche Lage der Krankenversicherung hingewiesen werden. Auf jeden Fall muß vermieden werden, daß die Krankenversicherung erst so weit mit ihrer Finanzlage herunterkommt, wie es heute der Invalidenversicherung geht. Um dies zu verhindern, hat der „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ am 9. Mai eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet. (Erwähnt sei, daß dieser Hauptverband als größte Krankenkassenorganisation nicht weniger als rund 12 Millionen Versicherte vertritt.)

In dieser Eingabe heißt es einleitend: „Die Finanzlage der Krankenkassen wird immer bedrohlicher. Die Einnahmen sind im Jahre 1931 um 25 Prozent, die Ausgaben aber nur um 20 Prozent zurückgegangen, so daß die meisten Kassen mit einem erheblichen Defizit und mit dem Verlust ihrer Rücklagen das Geschäftsjahr 1932 begonnen haben. Seitdem sind die Beitragseinnahmen bei vielen Kassen so stark gesunken, daß mit einer Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann. Wäre nicht die Inanspruchnahme der Krankenkassen durch die Versicherten stark zurückgegangen, so hätten viele Kassen bereits zum Erliegen kommen müssen. Der Gesamtverband des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hält sich daher für verpflichtet, die an der Krankenversicherung beteiligten Vereinigungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie die Reichsregierung auf die bedrohliche Lage der Krankenversicherung hinzuweisen. Rasches Handeln ist notwendig, um den Bestand der Krankenversicherung zu erhalten.“

Die Eingabe beweist dann ihre Angaben und damit die schlechte Lage der Kassen durch eine Reihe von Zahlen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Beitragseinnahme im Jahre 1932 noch weiter gesunken ist. Erreicht wurde ist der Krankenstand augenblicklich sehr gering. Trotzdem ist es den Kassen nicht möglich und es wird dies auch in den kommenden Sommermonaten nicht der Fall sein, die Ueberhörsse zu erzielen, die sie unbedingt benötigen, um über die Wintermonate hinwegzukommen. Weiter werden Vorschläge gemacht, um die Lage der Kassen zu verbessern. Als selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, daß ein weiterer Leistungsabbau nicht möglich ist. Eine Erhöhung des Beitragsfußes kommt bei der angespannten Wirtschaftslage ebenfalls — von Ausnahmen abgesehen — nicht in Frage. In der Eingabe werden folgende Vorschläge gemacht:

„Die Heranziehung der freiwilligen Mitglieder zu höheren Beitragsleistungen, da die durchschnittliche Beitragseinnahme von diesen Versicherten nicht einmal die Kosten der Krankenpflege deckt. Diese Verwaltungsmaßnahme wird zur Zeit bei den meisten Krankenkassen durchgeführt, soweit es nicht schon vorher geschehen ist. Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Zahl der Lohnstufen, die bei den meisten Kassen zehn beträgt, bis auf fünf zu verringern. Auch hier handelt es sich um eine stärkere Belastung der geringer entlohnerten Versicherten.“

Es muß unseres Erachtens zweifelhaft erscheinen, ob diese Maßnahmen allein genügen, die ersuchte Hilfe zu bringen. Darüber hinaus werden durch sie auch wieder allein die Versicherten getroffen. Der Vorschlag richtet sich gerade gegen die geringer entlohnerten Arbeitnehmer, die man zu einer prozentual höheren Beitragsleistung zwingen will, als die besser entlohnerten Versicherten. Weiter sollen die freiwilligen Mitglieder, die heute meist in den niedrigeren Klassen versichert sind, verstärkt zur Beitragsleistung herangezogen werden. Hat man bei diesem Vorschlag denn ganz übersehen, daß es sich hierbei meist um die Vermissten der Armen (ausgeleitete Arbeitslose, Rentner usw.) handelt? Sollen diese doppelt getrafft werden und außer ihren erheblich verringerten Unterstüßungen und Renten nun auch noch auf der anderen Seite erhöhte Krankentafelbeiträge bezahlen dürfen? Gewiß sind auch wir der Meinung, daß der Krankenversicherung geholfen werden muß. Die Vorschläge des Hauptverbandes erscheinen uns jedoch wenig gangbar.

Die Erfolgsaussichten von Rechtsmitteln in der Sozialversicherung

Von Heinrich Bachhaus

Eine Forderung der Arbeitgeberverbände am Anfang des vorigen Jahres war u. a. auch die Beseitigung der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege in der Unfallversicherung. (Siehe Artikel in der „Gewerkschaftszeitung“ 1931 Nr. 12 S. 177 ff.)

Ein Befürworter dieser Beschränkung ist auch der Bearbeiter der Statistiken des Reichsversicherungsamtes, Oberregierungsrat Wicke. In einem Artikel in Nr. 8 1932 der Zeitschrift „Der Berufsvereinsgenosse“ S. 201/208, betitelt: „Der Erfolg der Rechtsmittel im Berufungs- und im Rekursverfahren der U.“, behandelt er die Erfolgsaussichten der Rechtsmittel in einer solchen tendenziösen Weise, daß dagegen schärfster Widerspruch eingelegt werden muß.

Der Verfasser bespricht erst die Berufungen in Unfallfällen und ihre Erledigung bei den Oberversicherungsämtern. Er schlußfolgert aus den Ergebnissen, daß im Jahre 1929 von 69 154 Berufungen in der Unfallversicherung nur insgesamt 12 017 = 17,38 v. H. zugunsten der Versicherten entschieden wurden, und im Jahre 1930 von 80 669 Berufungen nur 11 878 = 14,72 v. H. Dieses Ergebnis ist durch folgendes Zahlenkennzeichen errechnet worden:

Der Statistiker von Beruf zählt nur die durch Urteil erzielten Erfolge. Anstatt aber folgerichtig den Prozentberechnungen die Gesamtzahlen der ergangenen Urteile zugrunde zu legen, nimmt er statt dessen die gesamten Berufungen und kommt dadurch zu bedeutend niedrigeren Zahlen. Nach seinen Zusammenstellungen hatten aber im Jahre 1929 12 017 = 22,9 v. H. der durch Urteile erledigten 52 434 Berufungen Erfolg und im Jahre 1930 11 878 = 19,5 v. H. der durch Urteil erledigten 60 789 Berufungen.

Nachdem Wicke die falsche, ungünstigere Berechnung zunächst in den Vordergrund gestellt hatte, ist in kleinerer Schrift eine für die Versicherten günstigere Berechnungsart angewandt worden, in dem auch die durch Vergleiche und Anerkennungen ohne Urteil abgeschlossenen Verfahren berücksichtigt wurden. Es waren das im Jahre 1929: 6927 und 1930: 7786 Berufungen. Dadurch ergeben sich folgende Prozentätze der mit Erfolg erledigten Berufungen: für 1929 27,39 und für 1930 24,38. Auch dieses Ergebnis ist nicht ganz einwandfrei, weil dabei eine geringe Zahl von Abgaben an das Reichsversicherungsamt hätte ausgeschlossen werden müssen. Die Zahlen waren aber nur gering (1928: 54 und 1930: 75), daß dadurch das Prozentverhältnis nur wenig beeinflusst werden konnte. Aus der Tabelle ist aber nicht zu ersehen, ob in allen Fällen, in denen die Erledigung durch Zurücknahme oder auf andere Weise erfolgte, ein Mißerfolg der Berufungen anzunehmen ist. Derartig wurden erledigt in den Jahren 1929: 9739 und 1930: 12 019 Berufungen. Zum größten Teil werden diese Erledigungen einen Mißerfolg bedeuten. Es kommt aber nicht selten vor, daß ein angefochtener Bescheid zurückgenommen und durch einen neuen Bescheid ersetzt wird. Ferner können derartige Berufungen durch Tod oder durch Abgabe an eine andere Stelle erledigt werden sein.

Bei den Rekursen, über die das Reichsversicherungsamt zu entscheiden hatte, kommt Wicke durch ähnlich falsche Unterlagen zu dem Ergebnis, daß von den Rekursen in der gewerblichen Unfallversicherung etwa nur jeder 27. Rekurs, nämlich im Jahre 1930: 3,62 v. H. und 1931: 3,78 v. H. Erfolg hatte. Mit Verlaub, Herr Statistiker, das ist eine grobe Fressführung. Es können auch hier nur die Urteile als Grundlage der Berechnung genommen werden. Das sind im Jahre 1930 bei 1399 Urteilen 217 = 15,5 v. H. und im Jahre 1931 bei 1342 Urteilen 226 = 16,8 v. H. Erfolge. Die Zahlen sind gewiß nicht hoch, ergeben aber doch, daß nicht ungefähr der 27. sondern der 6. Rekurs der Versicherten bei den mündlichen Verhandlungen Erfolg hatte. Hierbei berücksichtigt ich der Kürze halber nur die Ergebnisse in der gewerblichen Unfallversicherung. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind die Erfolge, zum Unterschiede von den Berufungen, bei den Rekursen günstiger.

Der vom Bearbeiter der Statistik des Reichsversicherungsamtes, von Herrn Wicke selbst, alljährlich in Nr. 3 der „Amtl. Nachrichten für Reichsversicherung“ veröffentlichte Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes läßt eine andere Berechnung mangels Unterlagen überhaupt nicht zu. Auch die von Wicke in seinem Artikel gebrachte Tabelle über den Ausgang der Rekurse ermöglicht keine andere Berechnung. Selbst die durch Vergleiche ohne Urteile erledigten Rekurse sind nicht festzustellen, weil sie unter dem Rubrum „Zurücknahme, Vergleiche usw.“ (im Jahre 1930: 496, im Jahre 1931: 531) verschwinden. Die Vergleiche sind für die Versicherten in der Regel als Erfolge zu zählen. Andererseits können auch die Zurücknahmen zum Teil Erfolge sein wegen teilweiser oder voller Anerkennung. Hinzu kommt aber noch, daß nicht zu erkennen ist, wie viele Erfolge unter den Verfügungen sind, die ohne mündliche Verhandlung ergingen. Es waren im Jahre 1930: 4194 und im Jahre 1931: 4195 Verfügungen. Hierbei ist zu beachten, daß auch durch Verfügungen Beurteilungen erfolgen. Wenn die Zahlen auch nicht allzu hoch sein werden, können sie aber bei Prüfung der Erfolgsaussichten nicht unberücksichtigt bleiben. Zurückverweisungen an eine Vorinstanz durch Verfügungen, die in diesen Fällen keine endgültigen Entscheidungen sind, erfolgten 1930: 134 und 1931: 98. Diese kann man doch nicht als Mißerfolge zählen. Ebenso sind aber auch bei den Urteilen die Zurückverweisungen nicht berücksichtigt, wobei die Verhältniszahlen sich ebenfalls noch zugunsten der Versicherten verschieben würden.

Durch vorstehende Ausführungen glaube ich beweisen zu haben, daß die Beweisführung Wickes statistisch falsch ist und seine selbstgeschaffenen Unterlagen obendrein unzulänglich sind.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie man Statistiken nicht verwenden kann, gibt Wicke am Schluß seines Artikels durch Anführung von Zahlen über die Revisionen in der Invalidenversicherung. Er sagt zwar, daß eine Vergleichsmöglichkeit mit den Ergebnissen des Rekursverfahrens nicht ohne weiteres gegeben sei. Das stimmt vollkommen. Weshalb gibt er dann aber an, daß beispielsweise im Jahre 1931 nur 48 = 0,64 v. H. Revisionen der Versicherten Erfolg hatten? Er muß doch wissen, daß bei den Revisionen der Versicherten, wenn sie nicht zurückgewiesen werden, in der Regel nur Zurückverweisungen an die Vorinstanz in Frage kommen. Deshalb sind diese Zahlen für die Ausichtslosigkeit der Revisionen nicht beweiskräftig. Von den im Reichsversicherungsamt im Jahre 1931 durch Urteile erledigten 2036 Revisionen der Versicherten wurden zurückgewiesen, waren also erfolglos: 1287 = 63,22 v. H.; an eine Vorinstanz wurden zurückverweisen 701 = 34,43 v. H. und hatten Erfolg 48 = 2,35 v. H. Die von Wicke angegebene niedrigere Verhältniszahl der Erfolge ist nur durch die falsche Berechnung und durch die mangelhaften Unterlagen erzielt, wie auch schon bei den Unfallsachen zu rügen war.

Wenn auch zuzugeben ist, daß die Einlegung vieler Rechtsmittel durch die Versicherten wegen völliger Ausichtslosigkeit besser unterbleiben sollte, so müßte man doch von einem berufsmäßigen amtlichen Statistiker erwarten können, daß er die Verhältnisse nicht ungünstiger darstellt, als sie wirklich sind. Es wäre jedenfalls besser, wenn er seine statistischen Unterlagen verbessern würde, um eine einwandfreiere Grundlage für die Berechnung der Erfolge zu schaffen.

Die Resultate in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind noch ungünstiger. Der Kürze halber gehe ich nur auf die ersteren ein.